Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Herbaum, Mgdbg.-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Redaktion: Breiteweg 89-90, 3 Treppen. Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7926

Nr. 22. **Magdeburg, Sonnabend, den 27. Januar 1900.** **11. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Wider die Unsittlichkeit.

Der **Reichstag** beschäftigte sich heute mit der lex Heinze, oder, wie sie jetzt heißt, mit der Novelle zum Strafgesetzbuche. Durch diese Novelle sollen die Strafen gegen Unsittlichkeit, Kuppelei und Unzucht verschärft werden.

Gar keine Debatte entfesselte der Paragraph, der die gewerbsmäßige Kuppelei unter erhöhte Strafe stellte. Um so eifriger wurde über den Paragraphen, der sich mit der nichtgewerbsmäßigen Kuppelei befaßt, debattiert. Zu der Fassung, die die Kommission diesem Paragraphen gegeben, lagen zwei Abänderungsanträge vor. Der eine dieser Anträge, von unserer Fraktion gestellt und nach unserem Genossen Albrecht benannt, wollte die Duldung des geschlechtlichen Verkehrs zwischen Verlobten von den Bestimmungen des Paragraphen ausnehmen, während der andere Antrag, der von dem konservativen Abgeordneten Himburg seinen parlamentarischen Namen trägt, wenigstens einer sochen Duldung mildernde Umstände zugebilligt wissen will: zu diesem Antrage sahen sich die sonst so gern in der Rolle der Zionswächter gefallenden Konservativen durch die Rücksicht auf die ländliche Bevölkerung gezwungen, in der solcher Geschlechtsverkehr gang und gäbe ist. Der Standpunkt unserer Partei wurde erst von Stadthagen und sodann von Bebel trefflich vertreten. Die katholischen Orthodoxen eiferten mit den protestantischen, für die Herr Stöcker das Wort führte, um die Wette über die sündige Menschheit, die sie durch Strafparagraphen bessern zu können vermeinen. Für die Erheiterung des Hauses sorgten der Konservative Himburg und der Freisinnige Beckh; der erstere wollte zu „Verlobten" das Wörtlein „miteinander" gesetzt wissen, um jeden Irrtum auszuschließen. Der zweite leistete sich das nicht üble Scherzwort: „Eine Verlobung ist oft nur ein Verhältnis." Vom Bundesratstische aus wurde die Kommissionsfassung empfohlen und Ablehnung beider Abänderungsanträge angeraten: und also geschah es auch.

Dasselbe Schicksal widerfuhr den Abänderungsanträgen, die wieder von konservativer wie von sozialdemokratischer Seite zu dem folgenden, dem sog. Zuhälterparagraphen gestellt waren, die sich aber diesmal in der entgegengesetzten Tendenz bewegten, indem unser Antrag eine Streichung, der konservative dagegen eine Verschärfung beantragte. Es war vergebens, daß von unserer Seite auf das bedenkliche Unterfangen hingewiesen wurde, das gewiß alles andere als anmutige Zuhältertum unter Strafe zu stellen. Die kompakte Mehrheit des Hauses hielt wieder an der Kommissionsfassung fest. Nicht zu Ende kam die Debatte über den folgenden Paragraphen. Dieser, den die Kommission abgelehnt hat, verfügt, daß das Vermieten von Zimmern usw. an öffentliche Mädchen nicht unter die in den vorstehenden Paragraphen angedrohten Strafbestimmungen fallen soll. Der Freisinnige Beckh beantragte Wiederherstellung des Paragraphen; auch wir wünschten eine solche, doch mit einem Zusatze, welcher der polizeilichen Willkür einen Riegel vorschieben soll. Eine lange Debatte, an der sich unter anderen Bebel und Staatssekretär Nieberding beteiligten, entspann sich über diesen Gegenstand; sie wurde nicht zu Ende geführt, da um 7 Uhr das ermüdete Haus die Weiterberatung auf morgen vertagte.

* * *

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

Deutscher Reichstag.

135. Sitzung. Mittwoch, den 25. Januar 1900, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch (sog. lex Heinze) in Verbindung mit dem von den Abg. Prinz v. Arenberg und Genossen (Ctr.) eingebrachten Gesetzentwurf, der dasselbe Ziel verfolgt (Verschärfung der Strafen für Kuppelei usw.), und dem Antrage des Frhr. v. Stumm (Rpt) auf Verschärfung der Strafen für Sittlichkeitsverbrechen insbesondere gegen Kinder auf Grund der Kommissionsbeschlüsse § 180 bestimmt. Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Zugleich kann auch auf Geldstrafe von 150 bis 6000 Mark, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe bis auf einen Tag ermäßigt werden. Dieser Paragraph wird mit großer Majorität ohne Diskussion angenommen.

§ 181 bestimmt: Die Kuppelei ist selbst wenn sie weder gewohnheitsmäßig noch aus Eigennutz betrieben wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren zu bestrafen wenn

1) hinterlistige Kunstgriffe angewendet werden,

2) der Schuldige zu der verkuppelten Person im Verhältnis des Ehemanns zur Ehefrau, von Eltern zu Kindern, von Vormündern zu Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern zu den von ihnen zu unterrichtenden Personen steht. — Die Nebenstrafen sind die gleichen wie in § 180, nur muß auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Sind im Falle der Nr. 2 mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark erkannt werden kann.

Dazu beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.)

a) Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren im Falle Nr. 2 nur eintreten zu lassen, wenn die Kuppelei aus Eigennutz betrieben oder gegen den Willen der zu verkuppelnden Person erfolgt ist.

b) für den Fall der Ablehnung dieses Antrags in Nr. 2 die Worte „des Ehemanns zur Ehefrau" zu streichen.

c) folgenden neuen Absatz beizufügen: Als Kuppelei ist die Duldung eines geschlechtlichen Verkehrs zwischen Verlobten nicht zu erachten.

Die Abgg. Himburg und Gen. (kons.) beantragen, den letzten Absatz folgendermaßen zu fassen: „Sind in dem Falle der Nummer 2, wo es sich um Verkuppelung Verlobter handelt, mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe usw. ein."

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Dem Antrage Himburg können wir nicht beistimmen. Nach Absatz 2 des vorliegenden Paragraphen soll, wenn zwischen dem Schuldigen und der verkuppelten Person ein Verhältnis obwaltet wie zwischen Ehemann und Ehefrau, Eltern und Kindern usw. auch Zuchthaus eintreten, wenn es sich nicht um gewohnheitsmäßige oder eigennützige Kuppelei handelt. Soweit es sich um das Verhältnis zwischen Ehegatten handelt, steht dieser Absatz mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Widerspruch, das die Möglichkeit der Verzeihung des Ehebruchs zuläßt. Wir beantragen dagegen, Zuchthausstrafe nur eintreten zu lassen, wenn auch auf den Willen der verkuppelten Person eingewirkt wird. Sollte dieser Prinzipalantrag nicht angenommen werden, so bitten wir, die Worte „Ehemann zur Ehefrau" zu streichen, weil es Fälle giebt, wo der Ehemann gegen die Verkuppelung der Ehefrau nicht geschützt ist oder die Ehefrau nicht geschützt sein will. Wir beantragen ferner, daß die Duldung eines geschlechtlichen Verkehrs zwischen Verlobten nicht als Kuppelei anzusehen ist. Es darf nicht als Unzucht angesehen werden, was weite Kreise als Zucht ansehen. Es ist ein uralter Brauch auf dem Lande, den u. a. auch Immermann in seinem „Oberhof" erwähnt, daß der Bräutigam das Recht hat, seiner Braut im Hause ihrer Eltern vor der Hochzeit einen Besuch abzustatten. Ja, die Unterlassung dieses Brauches würde als Beschimpfung aufgefaßt werden. Uebrigens ist der genannte Brauch auch in Großstädten nicht unbekannt: nach einer oberflächlichen Statistik beträgt die Zahl der Kinder, die in den ersten 6 Monaten der Ehe geboren werden, über 30 Prozent der Geburten überhaupt. Wollen Sie hier ein Gesetz schaffen, das nicht der Heuchelei, sondern der wirklichen Sittlichkeit zu gute kommen soll, so nehmen Sie unsere, aus dem Sittlichkeitsbewußtsein des Volkes hervorgewachsenen Anträge an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Himburg** (kons.) beantragt zu dem Worte „Verlobte" das Wort „miteinander" hinzuzufügen, um wie er unter schallender Heiterkeit des Hauses erklärt, jedes Mißverständnis auszuschließen.

Geheimrat Dr. v. **Tischendorf** bittet um Ablehnung der Anträge Himburg und Albrecht. Die Ausnahme zu Gunsten Verlobter widerspreche der geläuterten Auffassung, wie sie allein einem Gesetze zu Grunde gelegt werden dürfe.

Abg. **Roeren** (Centr.) bekämpft ebenfalls beide Anträge. Die laxere Auffassung gewisser Kreise dürfe den Gesetzgeber nicht beeinflussen.

Abg. **Beckh**-Coburg (freis. Vpt.) wendet sich gleichfalls gegen die Anträge Albrecht und Himburg. Manchmal sei das Verlöbnis nur ein Verhältnis (Heiterkeit). Gestatte man den Verlobten freien Geschlechtsverkehr, so trete an die Stelle der Verlobung die heimliche Vermählung ohne den Segen des Gesetzes. (Heiterkeit.)

Abg. **Stöcker** (wildkons.): Die schwerere Bestrafung der Kuppelei zwischen Eheleuten ist ein Fortschritt. Herr Stadthagen meint, in die Ehe habe sich kein Dritter hineinzumischen. Aber die Ehe ist nichts Willkürliches, der Staat macht sie erst gültig und hat deshalb auch über sie zu wachen. Wir können uns unmöglich darnach richten, was einzelne Volkskreise für erlaubt halten; sonst könnten wir z. B. Wilddieberei und Holzdiebstahl nicht bestrafen. Der Geschlechtsverkehr zwischen Verlobten vor der Hochzeit ist unsittlich und darf deshalb nicht erlaubt werden. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. **Bebel** (Soz.): **Im Interesse höherer Sittlichkeit** haben wir unsere in der Kommission abgelehnten Anträge im Plenum wieder eingebracht. Wir halten es für unerhört, daß die bloße Duldung einer gewiß unsittlichen Handlung mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden kann. So entspricht unser Antrag den Anforderungen der Gerechtigkeit. Wird derselbe abgelehnt und die Vorlage ohne unseren Antrag Gesetz, so wird der § 181 ein Schlag ins Wasser sein; er wird einfach nicht angewandt werden. Deshalb nicht, weil sonst wesentlich Angehörige der höheren Kreise von ihm getroffen werden würden. Denke man doch z. B. an das Verhältnis der „Hausfreunde", wie es gerade unter den höheren Beamten weit verbreitet ist. Und will man dann wirklich den Ehemann strafen, weil er nicht die Kraft hat, sich von seiner ausschweifenden Frau — denken Sie an die Messalina der Geschichte — zu trennen? Wird er nicht oft durch gesellschaftliche Rücksichten, durch die Rücksicht auf seine Kinder zurückgehalten; hat er nicht auch den Spott zu fürchten, der dem gehörnten Ehemann so reichlich gespendet zu werden pflegt? Sollte der Strafparagraph wirklich durchgeführt werden, Sie werden sich wundern, welch' vornehme Gesellschaft in den Zuchthäusern zusammenkommt. — Herr Stöcker wandte sich gegen unsern Zusatzantrag zu Gunsten der Verlobten. Wir haben ihn eingebracht, weil wir der Meinung sind, daß Gesetze nicht imstande sind, die im Volk vorhandenen Moralanschauungen zu ändern. Selbst Sie, meine Herren katholischen Geistlichen vom Centrum, die Sie ganz anderen Einfluß auf das Landvolk haben, als Ihre protestantischen Amtsbrüder, selbst Sie haben die seit Jahrhunderten, ja, seit Jahrtausenden eingewurzelte Sitte nicht zu beseitigen vermocht, daß Verlobte vor der Ehe geschlechtlich mit einander verkehren. Rund anerkennt das z. B. Pastor Wagner in seinem Buch „Die Unsittlichkeit auf dem Lande". Darnach beklagt sich eine Bauerntochter darüber, daß ihr Verlobter ihr „nicht die Ehre angethan habe". (Große Heiterkeit.) Ebendort wird auch die sprichwörtliche Redensart der Bauernsöhne erwähnt, welche erklären, keine Katze im Sack kaufen zu wollen. (Erneute Heiterkeit.) Wollen die Staatsanwälte alle diese Dinge verfolgen, es müßte bald eine Menge neuer Gefängnisse gebaut werden. Stimmen Sie unserem Antrage zu, für den die triftigsten Gründe sprechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat **v. Conthe** spricht sich gegen den Antrag Himburg aus.

Die Abgg. **Stockmann** (Rp.), **Rintelen** (Centr.) und **Esche** (natl.) treten für die unveränderte Annahme der Kommissions-Beschlüsse ein.

Abg. **Bebel** (Soz.): Man hat behauptet, unser Zusatz spreche aus, daß der geschlechtliche Verkehr zwischen Verlobten sittlich sei. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß ganz ähnliche Ausführungen, wenn auch in einer anderen Materie, in dem gegenwärtigen Strafgesetzbuch sich finden. Da heißt es über den Diebstahl in § 247, Abs. 2: Ein Diebstahl, der von Verwandten aufsteigender Linie gegen Verwandte absteigender Linie oder von einem Ehegatten gegen den anderen begangen ist, bleibt straflos. Deswegen wird aber doch niemand behaupten, das Strafgesetzbuch erkläre den Diebstahl für sittlich. Durch die Ausführungen gegen unsere Anträge bin ich eines besseren bisher nicht belehrt worden.

Abg. **Roeren** (Centr.): Herr Bebel hat den Paragraphen nicht richtig verstanden. Der Mann soll nur dann bestraft werden, wenn er den außerehelichen geschlechtlichen Verkehr seiner Frau befördert. Wenn wirklich in einzelnen Gegenden die Auffassung besteht, daß der Verkehr zwischen Verlobten erlaubt ist, haben wir gerade die Pflicht, dieser Anschauung nicht noch Vorschub zu leisten. (Bravo! im Centr.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Der Legendenbildung des Abg. Stöcker gegenüber bemerke ich, daß der jetzt von uns gestellte Zusatzantrag in der Kommission nicht von uns zurückgezogen worden ist. Gegenüber dem Abg. Roeren erkläre ich, daß wir vor allem den Mißbrauch strafen wollen, den der Ehemann mit seiner Gewalt der Frau gegenüber ausübt, indem er aus ihrem unzüchtigen Verkehr mit anderen Gewinn zieht. — Was unseren Zusatzantrag betrifft, so befinden wir uns da mit dem alten römischen Rechtssatz in Uebereinstimmung, daß aus dem vollzogenen Beischlaf ohne weiteres die Ehe folgt.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden sämtliche Anträge der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und freisinnigen Vereinigung abgelehnt, ebenso der Antrag Himburg gegen die Stimmen der Konservativen. § 181 wird also unverändert nach der Kommissionsfassung angenommen.

§ 181 a lautet: Eine männliche Person, welche von einer Frauensperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unsittlichen Erwerbs ganz oder teilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder einer solchen Frauensperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des unzüchtigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist (Zuhälter) wird mit Gefängnis nicht unter einen Monat bestraft. Ist der Zuhälter der Ehemann der Frauensperson oder hat er sie unter Anwendung von Gewalt oder Drohung zu dem unzüchtigen Gewerbe angehalten, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre ein. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht resp. auf Ueberweisung in ein Arbeitshaus erkannt werden.

Die Abgg. **Albrecht** und Gen. (Soz.) beantragen diesen Paragraphen zu streichen, event. die Worte „Frauenspersonen" in „weibliche Personen" umzuändern und im Absatz 1 die Worte „oder sonst förderlich ist" zu streichen.

Die Abgg. **Himburg** und Gen. beantragen in Absatz 2 statt „Gefängnis" usw. zu setzen: „Zuchthaus bis zu 5 Jahren".

Abg. **Stadthagen** (Soz.) befürwortet die Anträge Albrecht und Gen. Wenn die Zuhälter nicht schon jetzt hart bestraft werden, so liegt das nur daran, daß die Polizei diese Sorte Menschen mit Vorliebe als Vigilanten benutzt. Der Zuhälter ist eine Folgeerscheinung der polizeilichen Willkür. Aus Furcht vor Denunziationen lassen sich die Mädchen von den Zuhältern alles gefallen. An sich ist eine strenge Bestrafung der Zuhälter gerechtfertigt, aber erst muß die zu Grunde liegende Ursache des Zuhältertums beseitigt werden. Wenn Sie durch gute Arbeiterschutzgesetze die Prostitution verringern, so werden Sie dadurch mehr ausrichten als mit diesem § 181a, für den ich nicht stimmen kann.

Geh. Rat **Tischendorf**, dessen Ausführungen im einzelnen auf der Tribüne unverständlich bleiben, erklärt sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Der Antrag Himburg gehe zu weit.

Abg. **Roeren** (Centr.) bittet, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen. Das Zuhältertum muß schärfer getroffen werden. Die Haltung des Abg. Stadthagen ist mir unverständlich und ich glaube auch nicht, daß seine ganze Fraktion hinter ihm steht. Der Antrag Himburg geht mir zu weit.

Abg. Dr. **Hieber** (natl.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Den Zuhältern muß öffentlich das Brandmal der Gemeinheit aufgedrückt werden.

Abg. **Bargmann** (freis. Vpt.): Gegen die Formulierung des Paragraphen haben wir einzelne Bedenken und behalten uns Abänderungsanträge bis zur dritten Lesung vor.

Abg. **Hoeffel** jun. (Rpt.): Wir stehen auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse und verlangen strenge Bestrafung der Zuhälter.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Der Teil der Zuhälter, den die Polizei als Vigilanten benutzt, wird immer straflos bleiben. Der § 181a ist durchaus überflüssig und deshalb zu streichen. Verschaffen Sie den Frauen die Möglichkeit, sich frei von allen gesetzlichen Schranken bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Es geht nicht an, die Ursache bestehen zu lassen und eine Folgeerscheinung zu bekämpfen.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der § 181a wird unter **Ablehnung aller Abänderungsanträge** in der Kommissionsfassung **angenommen.**

Der von der Kommission abgelehnte § 181a der Regierungsvorlage lautete: Die Vorschriften des § 180 und 181a finden keine Anwendung auf die Vermietung von Wohnungen an Frauenspersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, sofern damit nicht eine Ausbeutung der wirtschaftlichen Erwerbe der Mieterin verbunden ist.

Die Abg. **Beckh** (freis. Vpt) und Genossen beantragen, diesen Paragraphen wieder einzufügen. Eventuell die Schlußworte folgendermaßen zu fassen: „sofern der Mietszins und die Vergütung für sonstige Beschaffungen das Maß des Gemeinüblichen nicht überschreiten".

Die Abgg. **Albrecht** u. Gen. beantragen, dieser letzteren Fassung des § 181b noch folgenden Satz hinzuzufügen: „Die Polizei ist nicht berechtigt, anzuordnen, daß Personen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben, nur in bestimmten Stadtteilen, Straßen, Wohnhäusern oder Wohnungen Wohnung nehmen".

Abg. **Beckh** (freis. Vp.): Ich halte die Regierungsvorlage für notwendig. Der Schluß ist nicht ganz glücklich und deshalb bitte ich, ihn durch meine Fassung zu ersetzen. Der Staat erhebt vom Gewerbe der Prostitution Steuern und muß die armen Geschöpfe doch wohnen lassen, so lange noch kein Mittel gegen die Prostitution erfunden ist. Eine Ausrottung der Prostitution ist unmöglich, man muß sich also möglichst gegen die sittlichen und sanitären Gefahren derselben schützen, und die Regierung schlägt den besten Weg dazu vor.

Abg. **Henning** (kons.): Daß der Staat schließlich dafür sorgen muß, daß die Prostituierten Wohnungen finden, ist ja richtig, es muß aber berücksichtigt werden, daß Hand in Hand mit der Prostitution das Verbrechertum geht. Auch diesem wird dann eine gesetzliche Zufluchtsstätte gewährt. Gegenüber den Schäden, die aus § 181b entstehen würden, sind staatliche Bordelle noch vorzuziehen. Ich bitte Sie, den Paragraphen abzulehnen.

Abg. Dr. **Sieber** (natl.): Wir werden dem Antrag Beckh zustimmen. Will man die öffentlichen Schäden zu sehr mit Gewalt unterdrücken, so werden sie in der Heimlichkeit um so stärker werden. Die Kasernierung der Prostitution ist nicht die Folge des § 181 b, sonst würden wir nicht für ihn stimmen.

Abg. **Noeren** (C.) Wer nicht die Kasernierung der Prostitution will, die doch unbedingt aus der Lokalisierung, worauf die Regierung hinsteuert, folgt, muß den § 181 ablehnen. Es wird jetzt schon über die Dreistigkeit der Dirnen in den Häusern geklagt, wie soll es erst werden, wenn der Thatbestand der Kuppelei für den Vermieter eingeschränkt wird? Die Annahme des § 181 b wird zur Entwicklung der Winkelbordellwirtschaft führen. Viel Schuld an dem unerträglichen Treiben der Prostituirten trägt das laxe Verhalten der Polizei.

Abg. **Bebel** (Soz.) Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die verbündeten Regierungen mit dem § 181 b auf eine Reglementierung und Kasernierung der Prostitution hinsteuere. Falls unser Antrag nicht Annahme finden sollte, bitte ich Sie wenigstens den Teil des von der Regierung vorgeschlagenen Paragraphens zu streichen, der den § 181 a ausnimmt. Dadurch, daß die Berliner Polizeibehörde im Verein mit der Kirchengemeinde dahin wirkt, daß den Prostituirten das Wohnen in bestimmten Straßen unmöglich gemacht wird, werden diese in die Gegenden getrieben, wo das Verbrecher- und Zuhälterthum haust. Gegen die Kasernierung sind wir ganz entschieden, aber Sie werden sie nicht verhindern können, wenn Sie den Antrag Beckh annehmen. Um diese zu verhindern, müssen Sie besondere Kautelen in das Gesetz aufnehmen, wie sie der letzte Absatz unseres Antrags enthält. Nach § 553 B.-G.-B. hat der Hauswirt das Recht, sofort ohne Einhaltung der Kündigungsfrist einen Mieter zur Räumung der Wohnung zu zwingen, wenn er gegen seinen Willen an eine Prostituirte vermietet. Ich bitte Sie, den Antrag Beckh mit den von uns beantragten Schlußsätze anzunehmen. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär **Nieberding**: Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt des § 181 b. Herr Noeren sagte, dieser Paragraph müsse zur Lokalisierung der Prostitution führen. Bewiesen hat er das nicht. Auch die Ausbeutung der Prostitution wird durch den Paragraph nicht gefördert. Wer an eine Dirne vermietet, ohne dafür mehr zu nehmen als üblich ist, soll künftig nicht mehr wegen Kuppelei bestraft werden können. Weiter will die Regierungsvorlage nichts. Wird der § 181 b abgelehnt, so kommt es schließlich dahin, daß die Prostituierten überhaupt keine Wohnung mehr bekommen. Nehmen Sie, bitte, den Antrag Beckh an, falls Ihnen die Fassung der Regierungsvorlage nicht genehm ist. Der Schlußsatz des Antrags Albrecht ist nicht acceptabel. Das Recht, die Prostitution aus gewissen Stadtteilen zu verdrängen, darf der Polizei nicht genommen werden. Stellen Sie also die Regierungsvorlage wieder her. Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr. —

Parlamentarische Nachrichten.

Im **Preußischen Abgeordnetenhause** wurde heute die Agrardebatte mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt, aber noch nicht zu Ende geführt. Erst morgen wird der Landwirtschaftsminister sein Gehalt bewilligt bekommen. Die Ausbeute an neuen Gesichtspunkten war gering. Der Abg. Gothein von der freisinnigen Vereinigung diente den Agrariern auf die Angriffe, die ihm seine Erwähnung des Harmlosenprozesses eingetragen hatte. Er wies mit Recht darauf hin, daß es bis jetzt verunglückten Börsenspekulanten noch niemals eingefallen sei, Staatshilfe für sich in Anspruch zu nehmen. Als künstlich gezüchtete Exportindustrie bezeichnete er die Zucker- und Spiritusindustrie und nahm Herrn v. Wangenheim beim Wort, sie von Prämien zu befreien. In der Getreidezollfrage äußerte er sich sehr reserviert und erklärte den jetzt bestehenden Zoll von 3,50 Mark war auch für zu hoch, machte aber die Konzession, nur seine allmähliche Beseitigung zu verlangen. Nach ihm nahm der ehemalige eifrige Mitarbeiter der Post und Freund des Herrn v. Miquel, Frhr. v. Zedlitz das Wort, um in seiner lebhaften Art die Politik der wirtschaftlichen Sammlung zu predigen. Natürlich ist er von der Aussicht entzückt, daß Kontraktbrüche der ländlichen Arbeiter bestraft werden sollen. Als Mann der ausgleichenden Gerechtigkeit verlangte er nur noch, daß auch die industriellen Arbeiter unter ein solches Ausnahmerecht gestellt würden. Bezeichnend war, daß er im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen v. Kardorff den Grafen Posadowsky in vollen Tonen pries. Der Staatssekretär des Innern muß bei den agrarischen Hochschutzzöllnern doch noch einen Stein im Brett haben. Nach den unbedeutenden Reden des Centrumsabgeordneten Klose und eines Repräsentanten der freisinnigen Spielart des Agrariertums, des Abg. Pohl, erwiderte Dr. Hirsch (freis. Vp) seinen agrarischen Gegnern. Er berief sich auf sein Harmonie-Apostolat, um den Vorwurf einseitiger Parteinahme für die Arbeiter abzuwehren, erklärt jedoch, daß die einseitige Parteinahme für die Unternehmer, wie sie im Abgeordnetenhause hervorgetreten wäre, ihn zu seiner Stellung gedrängt habe. Er verwies des näheren auf das anhaltische kleine Zuchthausgesetz, aus dem er einen besonders bezeichnenden Paragraphen citierte. Es wird darin bestimmt, daß landwirtschaftliche Arbeiter, die sich zur Einstellung der Arbeit oder zur Verhinderung der Arbeiten anderer unter einander verabreden, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden; ebenso die Aufseher, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind. Gegen eine Uebertragung einer derartigen Ausnahmegesetzgebung auf Preußen und das Reich erklärte der Redner mit allen Kräften ankämpfen zu wollen. Nachdem ein weiterer Centrumsagrarier Dr. Becker die Zulassung ausländischer Arbeiter als einziges Mittel gegen die Leutenot verlangt und der freikonservative Abg. Lüders behauptet hatte, daß der kleine Grundbesitz in der Hildesheimer Gegend in den letzten Jahren um ein Drittel entwertet worden sei, hielt der konservative Abg. Graf Schwerin eine breit angelegte philosophische Rede über die Notwendigkeit höherer Gehaltsbezüge in der er den Grafen Kanitz an Gottesfurcht und Langmütigkeit zu übertrumpfen suchte. Der Minister Frhr. v. Hammerstein machte den Agrariern die lebhaftesten Liebeserklärungen und versicherte ihre **Bereitwilligkeit, für höhere Brotzölle zu sorgen.** Dann nebenbei ließ er ein Wörtchen, daß die Agrarier gut daran thäten, sich nicht durch unnützen Widerstand in der Kanalfrage mit andern Interessentengruppen zu überwerfen. Daß die Politik der Sammlung leichter gepredigt als durchgeführt werden kann, zeigt der Schluß der Sitzung. Der Führer des Bundes der Landwirte, Graf v. Kanitz-Wangenheim griff die Nationalliberalen aufs schärfste an, weil sie die junkerliche Ausbeutungspolitik nicht offen genug mitmachten. Für die Nationalliberalen erwiderte Dr. Friedberg. Er schob die Schuld an dem ganzen Streite hauptsächlich dem Abg. Dr. Hahn in die Schuhe, dessen Tonart und Agitationsmethode jede Verständigung unmöglich mache. Er verlangte rund heraus, daß auf dem Altar der Sammlungspolitik zunächst Dr. Hahn abgeschlachtet werde. Morgen werden wir hören, was der Bund zu diesem freundlichen Vorschlage meint. —

Die Flottenvorlage ist da!

Die Novelle zum Flottengesetz ist am Donnerstag vom Bundesrat angenommen worden und dem Reichstag zugegangen.

Die Vorlage bestimmt im § 1, daß der Schiffsbestand der deutschen Flotte gegen den bisherigen Bestand vermehrt wird um a) verwendungsbereit: 1 Flottenflaggschiff, 2 Geschwader zu je 8 Linienschiffen, 2 große und 8 kleine Kreuzer als Aufklärungsschiffe der heimischen Schlachtflotte, 5 große und 5 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst; b) als Materialreserve: 2 Linienschiffe, 1 großen und 2 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst. Vermindert wird der Bestand um das Küstenpanzer-Geschwader, doch kommen diese 8 Schiffe bis zu ihrem Ersatz als Linienschiffe auf den vermehrten Sollbestand in Rechnung. § 2 der Novelle setzt für die Indienststhaltungen der heimischen Schlachtflotten als Grundsätze fest, daß das 1. und 2. Geschwader die aktive, das 3. und 4. die Reserve-Schlachtflotte bilden: von der aktiven werden sämtliche Schiffe, von der Reserve die Hälfte dauernd in Dienst gehalten. Der 3. und letzte Paragraph lautet: Die Bereitstellung der infolge dieses Gesetzes erforderlichen Mittel unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat."

Nach der Begründung sollen innerhalb 16 Jahren der Regel nach jährlich 3 große und 3 kleine Schiffe auf Stapel gelegt werden. Um möglichst bald die aktive Schlachtflotte, die stets die neuesten und besten Schiffe enthalten soll, auf die volle Höhe der Kraft zu bringen, sollen zuerst die Vermehrungsbauten (Linienschiffe und Kreuzer) für die aktive Schlachtflotte, dann erst die Ersatzbauten für die Reserveflotte in Angriff genommen werden. Die Kosten für Schiffsbauten und Armierungen erreichen die Gesamthöhe von 1600 Millionen, die für Hafen-, Werft- und Kasernen-Anlagen 261 Millionen. Von diesen 1861 Millionen, die im Laufe von 16 Jahren als einmalige Ausgaben in Betracht kommen, sollen 769 Millionen durch Anleihen, 1092 Millionen aus laufenden Mitteln gedeckt werden. Die fortdauernden Ausgaben steigen durchschnittlich jährlich um 5,4 Millionen. Dazu tritt noch der Pensionsfonds, der jährlich um 360 000 Mark anwächst, und die Steigerung der Schuldzinsen. Die jährlichen Gesamtaufwendungen für die Marine würden von 169 Millionen im Jahre 1900 auf 323 Millionen im Jahre 1916 steigen -- also um 154 Millionen Mark.

Die Verstärkung der Flotte entspricht, so schreibt die Freisinnige Zeitung, dem seiner Zeit in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Plan. Bisher war aber außer von 19 Linienschiffen nur von 6 großen Kreuzern für den Auslandsdienst die Rede. Nun erfahren wir, daß im ganzen 8 große Kreuzer und 15 kleine Kreuzer hinzukommen sollen, so daß alsdann die Flotte zählen würde 38 statt 19 Linienschiffe, 20 statt 12 große Kreuzer und 45 statt 30 kleine Kreuzer. Dazu die Torpedoflotte und die Kanonenboote.

Was den Text des Gesetzentwurfs anbetrifft, so läßt derselbe aus dem Flottengesetz außer der allgemeinen Paragraphen, die auf jeden Flottenbestand passen, noch bestehen den § 8, welcher die Deckung durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichssteuer ausschließt, und den Limitierungsparagraphen. Der letztere Paragraph, welcher sich nur auf den bis 1903 zu erreichenden Sollbestand bezieht, müßte, wenn es sich 1901 um die ersten, über das Flottengesetz von 1898 hinausgehenden Bewilligungen handelt, entsprechend abgeändert werden. Der Paragraph über die Indienststhaltungen wird entsprechend der Vergrößerung der Flotte abgeändert. Danach würden künftig u. a. dauernd 25 Linienschiffe in Dienst zu halten sein. Eine Frist für die Errichtung des vorgeschriebenen Flottenbestandes ist, wie auch schon bekannt war, in dem Gesetzentwurf nicht normiert. Der neue Flottenplan beansprucht eine Vermehrung des militärischen Personals der Marine um 33 746 Köpfe oder jährlich 1687.

Die Durchführung des neuen Flottenplanes erheischt von 1901 ab eine Erhöhung der Ausgaben für Schiffsbauten und Armierung von 69½ auf jährlich 100 Millionen, der Ausgaben für Werftanlagen von jetzt 8,9 auf 18 Millionen. Die fortdauernden Ausgaben erhöhen sich von jetzt 73,9 Millionen um jährlich 5,4 Millionen auf 162,7 Millionen. Der Marinepensionsetat steigert sich von 3,6 auf 9,4 Millionen, die Verzinsung der Marine-Anleihen von 12,5 auf 39,4 Millionen. Die Gesamtausgaben steigern sich also von 168,6 auf 323,5 Millionen im Jahre 1916. Die einmaligen Ausgaben betragen 1861 Mill., von denen 769 Millionen durch Anleihen zu beschaffen sind, welche sich auf 16 Jahre verteilen. Die Begründung schließt mit dem Hinweis auf die Unerläßlichkeit der gesetzlichen Festlegung der Vermehrung". Obgleich sich die gesetzliche Festlegung nur kehrt gegen die freie Beschlußfassung des Reichstags in der Zukunft, glaubt doch die Begründung es so darstellen zu können, als ob diese gesetzliche Festlegung, weil sie „den einmütigen Beschluß von Bundesrat und Reichstag bekundet", geeignet sei, das Ansehen des deutschen Namens zu erhöhen. Von einer gesetzlichen Festlegung der Ausführungsfrist ist Abstand genommen in der Zuversicht, daß der Reichstag, wenn er die Vermehrung angenommen hat, auch sein möglichstes thun wird, dieses Ziel zu erreichen. Wir werden auf die Einzelheiten zurückkommen. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Rektor der technischen Hochschule, Professor Riedler, erklärt nun in einem Schreiben, daß die **Rede Wilhelms II.** in der die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung, die sich austoben werde, genannt wurde, mit der ausdrücklichen Genehmigung des Kaisers veröffentlicht worden sei. Danach ist die Rede authentisch veröffentlicht und folglich reichstagsreif.

Ueber das bisher etwas mysteriöse Geschick des Kanalrebellen **Baarth** ist nun Klarheit geschaffen. Drei Lesarten waren bisher darüber verbreitet. Zuerst hieß es, er sei an die Regierung in Schleswig berufen worden. Dann, Herr Baarth wisse davon nichts. Weiter verlautete, er habe sich geweigert, die Ernennung anzunehmen. Jetzt versichern die Berliner Neuesten Nachrichten auf Grund eingezogener Erkundigung, „daß mit Herrn Baarth überhaupt keinerlei Verhandlungen gepflogen worden sind." Er bleibt dann also vorläufig Landrat z. D. —

Das **Kadettenschulschiff** des Norddeutschen Lloyds, durch das man bekanntlich Personal für die neuen Kriegsschiffe heranziehen will, lockt doch diejenigen Söhne der Bourgeoisie, die hier auf gute Carrière rechnen zu können glauben. Am Mittwoch, so meldet Boesmanns telegraphisches Bureau aus Bremen, trat die Kommission des Verwaltungsausschusses für das Kadetten-Schulschiff des Norddeutschen Lloyd zusammen. Der Andrang von Bewerbern ist überaus groß. Abgesehen von zahlreichen Anfragen beläuft sich die Zahl der Vermerkten schon jetzt auf etwa 400; von den Bewerbern wurden ca. 100 zur engeren Wahl zugelassen, von denen wiederum 40 für den ersten Jahrgang zur Einstellung gelangen werden. Freistellen sind auf dem Kadettenschulschiff des Norddeutschen Lloyd nicht eingerichtet. Die Annahme weiterer Anmeldungen ist mit Rücksicht auf den überaus großen Zuspruch für den gegenwärtigen Jahrgang bereits geschlossen worden. Der patriotische Staatsbürger soll natürlich glauben, reine Wasserbegeisterung treibe jene Bewerber hinzu. In Wahrheit ist es die Ueberfüllung aller Berufszweige, welche die Veranlassung jener Meldungen ist. Hier eröffnet sich eine neue Unterkunftsmöglichkeit. —

Nachrichten aus dem Auslande.

In **Spanien** bestätigt sich der Erlaß einer Strafmilderung für die wegen der Vorgänge in Montjuich verurteilten Anarchisten. Ministerpräsident Silvela hat am Donnerstag der Königin-Regentin einen Erlaß unterbreitet, durch den die Strafen, welche die Anarchisten von Barcelona jetzt verbüßen, in Verbannung umgewandelt und alle für Preßvergehen verhängten Strafen erlassen werden. —

In **China** ist ein Thronwechsel vollzogen worden. An Stelle des kraftlosen, von der Königin-Witwe bevormundeten 28jährigen Kaisers Tsai-Tien ist ein neunjähriger Prinz Put-Sing zum Kaiser von China ernannt worden. Wolffs Bureau verbreitet darüber aus Schanghai von diesem Donnerstag folgende Nachricht der Nord China Daily News: „Durch ein Mittwoch abend von dem Kaiser Kwangsu unterzeichnetes Edikt wird der 9 Jahre alte Sohn des Prinzen Tuanno, Namens Put-Sing, zum neuen Kaiser ernannt. Derselbe wird am 31. Januar den Thron besteigen." Der jetzt seines Thrones beraubte Kaiser Tsai-Tien befindet sich bekanntlich vollständig in der Gewalt der Kaiserin-Regentin und muß herzlich froh sein, daß ihm das Leben überhaupt geschenkt wird. Um nur am Leben zu bleiben, dürfte er sich dazu verstanden haben, die Ernennung seines Nachfolgers selbst zu unterzeichnen.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Der Spionkop ist von den Engländern genommen — vorläufig wird man sagen dürfen. Das Londoner Kriegsamt veröffentlicht folgende, aus Spearmans Camp von Mittwoch mitternacht 12 Uhr 10 Minuten datierte Drahtung: Warrens Truppen besetzten Dienstag nacht den Spionkop und überraschten dort eine kleine Burenabteilung, die floh. Der Spionkop wurde von den Engländern den ganzen Mittwoch über besetzt gehalten, trotz heftiger Angriffe besonders durch ein großen Schaden bringendes Granatenfeuer des Feindes. Warren befürchtet, daß seine Verluste beträchtlich sind. General Woodgate ist lebensgefährlich verwundet. Warren glaubt, daß er die Stellung des Feindes unhaltbar gemacht habe. Die Haltung der englischen Truppen ist ausgezeichnet. Diese Depesche ist ganz englisch. Ist der Posten wirklich von so ausschlaggebender Bedeutung, so ist es sehr sonderbar, daß er nur von einer kleinen Burenabteilung besetzt gewesen ist. Aber selbst wenn man über diesen Punkt hinweggehen wollte, macht die Meldung an das Kriegsamt in anderen Punkten den Eindruck des Unbestimmten, der zu Zweifeln herausfordert. Man gewinnt die Ueberzeugung, daß Warren keinen entscheidenden Sieg errungen und daß er selbst befürchtet, den errungenen Erfolg nicht ausnutzen zu können. Zuversicht spricht nicht aus der Drahtung. Es wird ja extra betont, Mittwoch habe man den Platz gehalten, sei aber sehr schädlichem Granatenfeuer ausgesetzt gewesen. Wenn die Buren auf den Spionkop solch ein Feuer richten können, so müssen sie eine den Posten etwa gegenüberliegende, ihn beherrschende Position innehaben. Man wird abwarten müssen, ob die Sache nicht geht wie bisher bei allen englischen Erfolgen. Weitere Nachrichten vom Kriegsschauplatze liegen nicht vor.

Nachrichten aus Magdeburg.

— Wie aus dem Inseratenteil hervorgeht, findet die **Beerdigung des Genossen Wilhelm Lange** am Sonntag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Westfriedhofes aus statt. Die Genossen werden nicht versäumen, dem Verstorbenen die letzte Ehre durch recht zahlreiches Geleit zu geben. —

— **Parteigenossen, Parteigenossinnen!** Wir sind heute bereits in der angenehmen Lage, mitzuteilen, daß dem s. Z. ausgesprochenen Bedürfnis, einige wissenschaftliche Vorträge halten zu lassen, seitens des Vertrauensmanns in der Weise entsprochen wird, daß in den nächsten Tagen folgende **fünf Versammlungen** stattfinden werden: Am Dienstag, den 30. Januar, im „Weißen Hirsch"; am Mittwoch, den 31. Januar, im „Dreikaiserbund" und in der „Zerbster Bierhalle"; am Mittwoch, den 7. Februar, in der „Krone" und in „Friedrichsluft". In diesen Versammlungen referieren Redakteur August Müller über **„Volksvertretung und Regierung"** und Redakteur Albert Meyer über **„Der deutsche Handel und Verkehr im 19. Jahrhundert"**. Nähere Details folgen in den nächsten Tagen.

— **Metallarbeiterausstand in Magdeburg.** Die Werkstattversammlung der Arbeiter von Garrett Smith u. Co., welche am Donnerstag abend im Thalia-Saal tagte, beschloß: „Die Monteure werden bei der Betriebsleitung vorstellig und erklären, daß sie die von den Arbeitswilligen hergestellten Kessel nicht fertig montieren wollen. Die Monteure wünschen, daß die Betriebsleitung in eine nochmalige Verhandlung mit den Ausständigen treten möge." Trotz aller Beschwichtigungsversuche auf dem Buckauer Werke bricht der Unwille der Arbeiter dort doch durch. Jede einzelne Branche ist bereit, wenn die Umstände es verlangen, für die Ausständigen einzutreten. Differenzen wären wohl leicht zu schlichten, wenn die Direktion mit den Leitern der Arbeiterorganisation verhandeln würde. — In der Kesselschmiede von Garrett, Smith u. Co. ist für die Arbeitswilligen ein Anschlag erschienen, welcher besagt: „Von morgen ab arbeitet alles bis 8 Uhr. Wer nicht arbeiten will, hat sich beim Meister zu melden." Die Arbeitslust der Arbeitswilligen wird schon flau. — Zu dem Ausstand bei Stollbergs ist zu melden, daß die Ausständigen unter folgender Bedingung zu arbeiten anfangen wollten: Die Betriebsleitung spricht den Arbeiterausschußmitgliedern das Recht zu, bei ausbrechenden Differenzen sich bei dem Betreffenden nach der Ursache an Ort und Stelle erkundigen zu dürfen. Dieser geringen Forde-

rung konnte die Betriebsleitung nicht mehr nachkommen. Die Ausständigen sollen nicht anfangen. Wenn die Ausständigen heute um 1 Uhr nicht anfangen können, legen noch mehr Arbeiter die Arbeit nieder. Auch hierauf ist die Betriebsleitung aufmerksam gemacht worden. Alles dieses sind die Folgen der Maßnahmen, die der Metallindustriellen-Verband trifft. Sie zeigen zwar Machtgefühl, lassen aber die Einsicht in die Verhältnisse vermissen. —

— **Aus der Stadtverordneten-Sitzung.** Die Verhandlungen der letzten Stadtverordnetensitzung am Donnerstag gestalteten sich recht lebhaft. Bei Beratung der Vorlage, betreffend Erweiterung des Elektricitätswerks bekam die Direktion einige Liebenswürdigkeiten zu hören, wegen der bekannten Störungen der elektrischen Anlage im Dezember vorigen Jahres. Noch schlimmer aber erging es der Straßenbahndirektion, deren Betrieb einer eingehenden Kritik unterzogen wurde, wobei die verschiedenartigsten Mißstände zur Sprache kamen. 3/4 Stunden unterhielten sich die Stadtväter hierüber und lehnten drei Schlußanträge ab. Da es ist dann nicht wunderbar, daß der Strom der Beredtsamkeit versagte, als es sich darum handelte, Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Genosse Gärtner benutzte nämlich die Beratung des Kanalisationsetats, um eine Erhöhung der Löhne der Kanalarbeiter auf 3.50 und 4 Mark, nicht auf 3.25 Mark, wie der Magistrat wollte, zu beantragen. Da kam er aber schön an. Herr Ahrendt kam mit der bekannten Unterstellung, daß der Antrag nur zu Demonstrationszwecken eingebracht sei; Herr Hahn hatte gar einmal gesehen, daß Arbeiter am Kanal eine kleine Pause machten. Das genügte den Herren, deren ganze Thätigkeit eigentlich nur eine große Pause darstellt, den Antrag nieder zu stimmen. Vom Magistratstisch wandten sich Herr Stadtrat Walther und Oberbürgermeister Schneider gegen den Antrag mit den bekannten Argumenten, wovon namentlich die Behauptung des Stadtrats Walther Beachtung verdient, er habe als Vorsitzender des Gewerbegerichts die Erfahrung gemacht, daß ein Lohn von 3.25 Mark als durchaus ausreichend betrachtet werden mußte. Man wird sich dieses bei Feststellung der Gehälter für Magistratsbeamte merken müssen. Einen ausführlichen Bericht über die Sitzung finden unsere Leser in der Beilage. —

— **Achtung! Gewerkschaftsvorstände.** Genosse Laukau schreibt uns: In einer am Donnerstag nachmittag im Bürgerhaus stattgefundenen Versammlung der Angestellten im Gastwirtsgewerbe wurde beschlossen, durch ein Cirkular an alle Gewerkschaftsvorstände die Gewerkschaften über angebliche Verstöße meinerseits gegen die gewerkschaftliche Organisation der Gastwirtsgehilfen zu orientieren. In der Einladung zu dieser Versammlung im Organ der Gastwirtsgehilfen war als erster Punkt der Tagesordnung an[illegible]en: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Luisenpark des Herrn Laukau", wozu als Nachschrift beigefügt worden war: „Herr Laukau ist zu dieser Versammlung durch eingeschriebenen Brief geladen". Das letztere beruht auf Unwahrheit. Ich habe eine Einladung zu dieser Versammlung nicht erhalten. Diese Unterlassung wurde in der Versammlung dadurch gerechtfertigt, daß ich ja doch die Absicht habe, die Bewirtschaftung des Luisenparks aufzugeben, eine Behauptung die, nebenbei bemerkt, ebenso unwahr ist wie die andere, ich sei zu der Versammlung eingeladen worden. Obgleich ich nun nicht in der Lage war, mich gegen die erhobenen Vorwürfe zu verteidigen, wurde doch der eben erwähnte Beschluß gefaßt. Ich gebe von diesem, mit allen in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung üblichen Gepflogenheiten im Widerspruch stehenden Vorgehen schon jetzt den Gewerkschaftsvorständen Kenntnis und bemerke, daß ich mir eine Entgegnung auf die Angriffe der Gastwirtsgehilfen vorbehalte, bis mir dieselben genau formuliert vorliegen. Vom Stattfinden der Versammlung wurde ich erst am Donnerstag abend unterrichtet, als mir von anderer Seite eine Nummer des Gastwirtsgehilfen mit dem betreffenden Inserate zugestellt wurde. —

— **Von der Elbe.** Nach Mitteilungen der Elbstrombauverwaltung ist nach einer Vorausberechnung der hydrographischen Landesanstalt in Prag für Sonnabend nachmittag ein Wasserstand in der Elbe bei Torgau von 4.6 Meter am Pegel und noch weiteres Steigen zu erwarten. Gleichzeitig sind aus dem Gebiet der Weißen Elster und Bode Anschwellungen von vorerst nicht erheblicher Bedeutung gemeldet. Der Verlauf der sich entwickelnden Flutwelle wird sich erst nach dem Eingange weiterer Nachrichten beurteilen lassen. — Donnerstag nachmittag nach 4 Uhr sind die Eisbrechdampfer bei Wittenberge angekommen und haben dort ihre Thätigkeit auf der Strecke nach Werben begonnen. Das Eis steht noch bis oberhalb Werben. Der stärkste Schutz steht zwischen Werben und Havelort. Bei dem Regen und Sturm, der gegenwärtig herrscht, und der eifrigen Thätigkeit der Eisbrechdampfer ist auf eine baldige Beseitigung des Eises zu rechnen. —

— **Zum Raubmord bei Althaldensleben.** Der Mörder des jungen Sonneborn ist bereits verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis auf dem Thränsberg zugeführt worden. Es ist der Dachdecker Alfred Schurig, ein übelbeleumundetes Subjekt. Sonderbarerweise wußten auswärtige Blätter, wie der Berliner Lokalanzeiger und das Wochenblatt von Neuhaldensleben schon am Mittwoch abend zu berichten, daß der Dachdecker Alfred Schurig, als des Raubmordes dringend verdächtig, von der Polizei gesucht werde, während die hiesigen Zeitungen vollständig ununterrichtet waren. Der Steckbrief gegen Schurig wurde in auswärtigen Zeitungen veröffentlicht, den hiesigen Zeitungen aber keinerlei Auskunft gegeben. Ueber die Ergreifung des Raubmörders berichtet die Magdeburgische Zeitung wie folgt: Der der That nicht nur Verdächtigte, sondern nach Lage der Dinge bereits Ueberführte ist der Dachdecker Alfred Schurig von Magdeburg, der Mittwoch in Hamburg ergriffen worden ist. Ueber die Verübung des Raubmordes selbst an dem jungen Sonneborn fehlen zwar zur Zeit noch eingehende Mitteilungen, doch ist bekannt, wie man auf die Spur des Mörders kam. Als Dienstag hier die Mordthat bekannt wurde, entfaltete die hiesige Kriminalpolizei in der naheliegenden Annahme, daß der Thäter sich nach einer der nächstliegenden großen Städte wenden würde, eine fieberhafte Thätigkeit, und da wollte es denn ein glücklicher Zufall, daß man erfuhr, am Sonntag früh sei ein Mann, dessen Stiefel und Beinkleider mit Ackerkrume stark beschmutzt waren, bei einem Manne W. in der Schmidtstraße, Magdeburg-Neustadt, vorübergehend eingekehrt, habe sich dort vom Schmutz gereinigt und bald wieder entfernt, nachdem er einem der Kinder W.s eine stählerne Uhrkette geschenkt hatte. Nachforschungen bei W. ergaben auch sofort die Richtigkeit dieser Angaben. Der beschriebene Mann, früher ein Logisgenosse der Familie W., Dachdecker Alfred Schurig, hatte mehrere gradezu unbegreifliche, bei Verbrechern aber oft zu findende Unvorsichtigkeiten begangen. Unter irgend welchen lügenhaften Angaben hatte er nicht nur die stählerne Kette des Ermordeten verschenkt, sondern auch mit dem Besitze der geraubten goldenen Uhr geprahlt und überdies mitgeteilt, daß er sich nach Hamburg zu begeben gedenke. Unter Mitteilung des Sachverhalts ergingen nun seitens der Staatsanwaltschaft sofort telegraphisch Personalbeschreibungen des Verbrechers nach Berlin, Hannover, Hamburg usw., und thatsächlich wurde Schurig in Hamburg ergriffen und verhaftet. Seine Ueberführung hierher ist Donnerstag abend erfolgt. Schurig ist übrigens den Behörden nicht unbekannt. Vor etwa drei Jahren war er in die Falschmünzeraffaire in der Rothenseerstraße mit verwickelt, und da er sich an der Verausgabung des falschen Geldes in der flechtinger Gegend mit beteiligt hatte, erfolgte s. Z. auch seine Verurtheilung. Nach Verbüßung seiner Strafe hatte Schurig weder ein festes Domicil noch einen festen Erwerb. Man wußte von ihm nur, daß er sich oft in der neuhaldensleberer Gegend umhertrieb; was er dort trieb, war seinen Bekannten ein Rätsel. Vielleicht lichtet sich dieses Dunkel jetzt bei der Untersuchung, die in den Händen des Staatsanwalts Artelt liegt. Da der Fall ziemlich einfach liegt, ist anzunehmen, daß bereits die nächste Schwurgerichtsperiode den Verbrecher abzurteilen hat. —

— **Die städtischen Kassen und Bureaus** sind am 27. Januar geschlossen. —

— **Eine Ausstellung von Photographien, Karten** usw. der hiesigen Anlagen, die zur Versammlung deutscher Gartenkünstler in Mannheim übersandt worden waren, findet gegenwärtig im Bürgersaal des altstädtischen Rathauses statt. —

— **Das 50jährige Jubiläum** des Oberfaktors R. Knabe in der Druckerei von Faber (Magdeburgische Zeitung) wird am 28. d. M. in der Freundschaft gefeiert. Es ist bezeichnend für die in der dortigen Druckerei herrschenden Verhältnisse, daß das Arbeiterpersonal zu der Feier nicht eingeladen ist. Man sieht, welch freundliche Zustände in der dortigen Druckerei, welche den Buchdruckern verbietet, sich dem Verband Deutscher Buchdrucker anzuschließen, herrschen. —

— **Vom Schlaganfall getroffen** wurde am Donnerstag früh zwischen 7 und 8 Uhr der Dreher A. M. Er wurde bewußtlos nach dem Sudenburger Krankenhause gebracht. —

— **Bei einem Leichenbegräbnis** gingen auf dem Neustädter Kirchhof die Pferde des Leichenwagens durch, wobei der Wagen umschlug und der Sarg arg beschädigt wurde. Die Pferde rannten gegen ein Grabgitter, an dem sie sich förmlich aufspießten. Während das eine Pferd sofort getötet werden mußte, konnte das andere von einem herbeigerufenen Tierarzt verbunden werden. —

Provinz und Umgegend.

Gr.-Ottersleben. (Ein Reinfall.) Die am Dienstag morgen stattgefundene Hausväterversammlung der Schulgemeinde Ottersleben und Bennecken-beck war trotz des ungünstigen Zeitpunktes sehr gut besucht. Die Herren Gutsbesitzer wünschen die Auflösung der Hausvätersozietät um die Schulgemeinde durch die politische Gemeinde zu ersetzen und so einen Schulvorstand, der in ihrem Interesse arbeitet, zu erhalten. Die Versammlung ging aber hierauf nicht ein. Herr Regierungsassessor v. Lukanus vertrat den Standpunkt der Behörde, d. h. der Gutsbesitzer. Seine Anschauungen fanden aber nicht den Beifall der Versammlung, die es für geraten hielt, den Ausführungen der Genossen Koch und Karthäuser zu folgen und es bei dem bestehenden Zustande zu belassen. Beide fanden Succurs durch den Schlossermeister Haak und einen Sattlermeister. Von allen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß der jetzige Vorstand nicht immer seine Pflicht erfüllt habe, weshalb man Leute wählen müsse, die für die Interessen der Schule und der Lehrer eintreten. Selbst Herr Pastor Fischer gab zu, daß Mißstände vorhanden sind. Die Gutsbesitzer waren von dem Verlauf der Sache so verdutzt, daß sie es nicht wagten, ihren Standpunkt zu vertreten, trotz nochmaliger Aufforderung des Herrn v. Lukanus. Still ließen sie das Verhängnis über sich ergehen und zogen ab mit langer Nase und Grimm im Herzen, als ihr schöner Plan zu nichte geworden war. —

Staßfurt. (Verschwunden.) Das spurlose Verschwinden eines siebzehnjährigen sehr hübschen Mädchens in Rußland wird aus Staßfurt gemeldet. Danach soll die Tochter und einziges Kind eines in Staßfurt wohnhaften Beamten infolge eines Zeitungsinserats unter sehr günstigen Bedingungen für eine russische Familie engagiert, Anfang dieses Jahres dahin abgereist und spurlos verschwunden sein. Der verzweifelte Vater ist, da jede Nachricht von der Tochter ausblieb und Briefe an sie als unbestellbar zurückkamen, nach Rußland gereist, hat dort in Erfahrung gebracht, daß das junge Mädchen bei seiner Ankunft am Bahnhof von einem elegant gekleideten Herrn erwartet und mit ihm davon gefahren sei, daß jedoch eine Familie des Namens, wie angegeben, nicht existiere. Der unglückliche Vater forscht nun schon seit 14 Tagen vergeblich nach seinem Kinde, das einem gewissenlosen Verführer in die Hände gefallen zu sein scheint. —

Zeitz. (Ein Attentat auf einen Lehrer.) Weil der Lehrer Schröder an der Volksschule im benachbarten Droyßig den Sohn des Steinhauers Schumann bestraft hatte, drang der Vater des Jungen in das Klassenzimmer und schlug auf den Lehrer ein. Der rohe Angriff wird ihm teuer zu stehen kommen. —

Kleine Chronik.

Wegen Unterschlagungen von insgesamt fast 7000 Mark ist in Saaralben in Lothringen der Postassistent Lütge verhaftet worden.

Ein schweres Unglück ereignete sich am Dienstag früh, wie aus Aunkirchen bei Wilshofen gemeldet wird, im sogenannten Kalhammerbruch der Bayerischen Granit-Aktiengesellschaft. Während die Arbeiter im Bruche damit beschäftigt waren, Sprenglöcher zu bohren, gerieten plötzlich, wahrscheinlich infolge der anhaltenden Regengüsse, Geröllmassen in Bewegung und verschütteten drei Arbeiter. Erst nach angestrengter Thätigkeit gelang es, die Verunglückten an das Tageslicht zu fördern. Alle drei waren bereits tot und in fürchterlicher Weise entstellt. Von den Verunglückten, die sämtlich verheiratet waren, ist einer Vater von 13 Kindern. —

Im Gefängnis zu Worbis erhängte sich der Drechslermeister Brandt aus Bernterode. Er war Tags zuvor unter der schweren Anklage, seinen 18jährigen, blödsinnigen Sohn in einem großen Wasserbehälter ertränkt zu haben, eingeliefert worden. Der Mann, der Witwer war, soll die Mordthat auf Betreiben einer Frauensperson, die ihn heiraten wollte und welcher der Blödsinnige im Wege war, ausgeführt haben. —

Vereine, Versammlungen. Vergnügen.

Burg. Verein zur Beschaffung eines Arbeitervereinshauses. Versammlung am 30. Januar bei C. Jesse. —

Sonnabend, 27. Januar.

Centralverband der Schmiede, Filiale Magdeburg. Abends 8½ Uhr Versammlung bei Grothum, Kl. Klosterstr. 15/16.

Central-Krankenkasse der Buchbinder. Jeden Sonnabend Zahlabend im „Neustädter Hof", Jakobstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Buckau. Versammlung abends 8½ Uhr bei Westphal (Thalia), Dorotheenstraße 14.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer. Filiale Neustadt. Zahlabend bei Seemann, Ottenbergstraßen-Ecke.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Sudenburg. Jeden Sonnabend abends von 8—10 Uhr im Restaurant „Deutscher Hof", Michaelstr. 16, Zahlabend.

Arbeiter-Turnverein Hohendodeleben. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Sixtus.

Männer-Turnverein Lemsdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Uebungsstunde.

Hohendodeleben er Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Sonnabend Uebungsstunde bei Syxtus.

Gesangverein „Freundesbund", Olvenstedt. Jeden Sonnabend abend Uebung bei Hirschfeld. Gesangslustige Freunde sind willkommen.

Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.

Burg. **Burg.**

Am Montag, den 29. Januar, abends 8 Uhr im Hofjäger:

Große Versammlung

der Einzelmitglieder des

Vereins Deutscher Schuhmacher.

Tages-Ordnung:

1. Ein Blick in die Zukunft. Referent: Genosse Ferd. Beuder, Magdeburg.
2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Magdeburg. 180
3. Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist zahlreicher Besuch notwendig.

Burg. **Verein zur Beschaffung** **Burg.**

eines Arbeiter-Vereins- u. Versammlungshauses.

Dienstag, den 30. Januar:

Versammlung bei C. Jesse.

Tages-Ordnung:

1. Bekanntgabe der Pachtangebote. 2. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Maskenball

der Freien Athletenschaft Burg

am 3. Februar 1900 im Saale des Hofjäger.

— Saalöffnung 6 Uhr. —

Für großartige Unterhaltung wird gesorgt.

Karten sind zu haben bei: Stutter (Magdeburgerstraße), Büttner (Große Brahmstraße 1), Lübecke (Schartauerstraße), Naturbe (Unterm Hagen), Holzendorf (Brückenstraße) und im Vereinslokal Hofjäger. 184

Steinhauser ist mit guter Maskengarderobe versehen.

Der Vorstand.

Gross-Ottersleben.

Strumpfs Restaurant.

Sonnabend, den 27. Januar, abends von 7 Uhr ab:

Tanzmusik. 183

Sonntag, den 28. Januar, nachmittags von 3 Uhr ab: Tanzmusik.

Bringe mein 170

Sarg-Magazin

in empfehlende Erinnerung.

Särge in allen Preislagen vorrätig.

Wilhelm Müller

Tischlermeister, Sudenburg, Friedenstr. 3.

Linoleum-Läufer von 75 Pfg. an per Meter. 63

Linoleum-Teppiche von 3.25 Mark an in prachtvollen Mustern.

Linoleum zum Auslegen ganzer Räume, 2 Meter breit, von 1.20 Mark an per □-Meter.

Linoleum-Reste zu reduzierten Preisen.

Hugo Nehab

Spezial-Geschäft für Gummiwaren, Wachstuche und Linoleum

Johannisbergstrasse 2

gegenüber den Rathaus-Kolonnaden.

Händlern und Hausierern empfiehlt

Salzgurken in guter Ware

zu ganz billigen Preisen. 71

Braunehirschstraße Nr. 12.

Buckau. **Buckau.**

Der Total-Ausverkauf meines

Porzellan-, Glas- u. Steingut-Geschäfts

muß unbedingt bis **Mitte März** beendet sein und mache ich deshalb das geehrte Publikum und meine werte Kundschaft von Buckau und Umgegend nochmals darauf aufmerksam, daß ich nunmehr sämtliche noch am Lager befindliche Waren **zu jedem annehmbaren Preise** abgebe.

Das Lager ist noch gut sortiert und sind hauptsächlich

Präsente zu jeder Gelegenheit passend

noch vorhanden.

Einen großen Posten Stammseidel

in jeder Preislage.

Speise-Service zu 6 Personen

noch sehr gute Ausw[illegible].

Waschgarnituren, Kaffeeservice, Liqueur- und Bierservice, Blumentöpfe, Blumenvasen usw.

Ganz besonders zu **Silberhochzeiten** und **Jubiläen** passende Geschenke, **Wirtschafts-Gegenstände, Spielzeug** usw. usw.

Heinrich Schneider

Feldstraße 62a 81 **Feldstraße 62a.**

Fleisch-Offerte!

Sehr mäßige Preise. 78

Von heute ab offeriere in vorzüglicher Ware: **Rindfleisch 60 Pf., Schweinefleisch 60 Pf., Kalbfleisch 60 Pf., Hammelfleisch 60 Pf., Rotwurst 70 Pf., Leberwurst 70 Pf., Bratwurst 80 Pf.**

Jeden Morgen: **Warmes Pökelfleisch und Knoblauchswurst.**

Karl Bang, Große Diesdorferstraße 35.

Rich. Niemann

Breiteweg 181, Eing. Himmelreichstr.

Spezial-Geschäft

ff. Fleisch- und Wurstwaren

nur tadellose prima Waren
bei äußersten Konkurrenzpreisen.

Sudenburg.

Ich empfehle eine sehr umfangreiche Auswahl

Schuhwaren

jeder Art

in erprobten, sich gut bewährenden Fabrikaten.

Reparatur-Werkstatt im Hause.

Theodor Kraft

Schuhwarenlager Breiteweg 37.

182

Cigarren, Cigaretten

nur beste Qualitäten

in allen Preislagen und eleganten Packungen empfiehlt

C. Fuhrmann, Buckau

Schönebeckerstraße 18.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluß 1409.

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3½—7½ Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

Tischler auf feine Möbel, Schuhmacher (selbständig), Böttcher auf Geschirr, 3 Töpfer (Dreher auf Töpfe), Barbier, Knecht, Stellmacher, Wickelmacherin, Dienstmädchen und junge Aufwärterin.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr 2150—2155.

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:

Mehrere Handwerker, Futter- und Mauerknechte, Droschkenkutscher und eine große Anzahl Lehrlinge

Weibliche Abteilung:

Stellungsuchende Personen aller Berufe und Stände für häusliche und geschäftliche Arbeiten aller Art

---

Zwicker

finden bei neuerdings **erhöhten Accordlöhnen** angenehme und dauernde Beschäftigung bei

Paul Schlesinger, Mech. Schuhfabrik
Frankfurt a. Oder. 186

Eine Anzahl tüchtiger

Möbel-Tischler

findet sofort gute, eventl. dauernde Stellung in der Möbelfabrik

Richard Saalfeld

62 **Helmstedt.**

Schachtmeister

gesucht. Offerten unter **R. 80** an die Expedition d. Bl. erbeten. 80

Jung. Mädchen, welch. d. Schneid. erl. w., kann sich sof. meld. Hofenstr. 4, H. pt.

Ein **Barbierlehrling** zu Ostern gesucht. **Carl Laubrich,** Petersberg 5.

Zahnkünstlerin

J. Bartholomäus, Martinstr. 19, 2 Treppen.

Molkereibutter!

allerfeinste	Pfd.	1.20 Mk.
feine	„	1.10 „

Neu eingetroffen in bester Qualität:

Braunschw. Wurstschmalz	Pfd.	35 Pf.
ff. Rotwurst	Pfd. nur	50 „
Sardellen-Leberwurst	„ „	80 „
Altmärker „	„ „	60 „
Gänseschmalz	„ „	80 „

Ausgabe von Rabatt-Sparmarken.

C. Giersberg

Jakobsstraße 21. 191

Winter-Ueberzieher

aus guten, wollenen Stoffen, vorzüglich sitzend, im Preise von **18—30 Mk.**

Winter-Anzüge

in nur modernen, soliden Farben

Loden-Joppen

in unübertroffen großer Auswahl, in den schönsten Farben und Qualitäten

61 empfiehlt

G. Gehse

Johannisfahrtstr. 14

Arbeiter-Garderoben-Fabrik

Spezialität: Engl. Leder-Hosen.

Masken-Scherz-

Artikel: Nasen, Bärte, Dominos, Pfeifen, Trommeln, Blasen, Gewehre, Knarren, Ratschen, Hände, Basthüte, Papiermützen für Damen und Herren usw., größte Auswahl, billigste Preise. 108

Rud. Brüning, Mgdb.-Buckau

Schönebeckerstr. 21, schräg über der Kirche.
Auf eine volle Mark gebe 5% Rabatt in bar.

Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!

Herren- und Knaben-Stiefeletten, Schaftstiefel, Schnürr- und Halbschuhe, Damen- und Kinder-Stiefel, Knöpf-, Schnürr-, Halb- und Strandschuhe, Socken, Pantoffeln. Auch einen gr. Posten hocheleganter Schuhwaren aus der Grunescheu Konkursmasse stammend.

Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

reelle Arbeit, empfiehlt

C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerkrugstraße 26. 45

Meyer's Volksbücher

bisher erschienen: 1250 Nummern

à No. 10 Pfg.

Meyer's Volksbücher bringen das Beste aus allen Litteraturen in mustergültiger Bearbeitung und guter Ausstattung.

Jedes Bändchen ist einzeln käuflich.

Verzeichnisse werden gratis abgegeben

Meyer's Volksbücher

sind stets zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme.

Gänse! Gänse! Gänse!
Gänsefleisch, zerlegt
Gänsepökelfleisch
Gänseschmalz à Pfd. 1.20 6.
Mittwoch u. Sonnabd. **Marktstand Hauptwache,** gegb. d. Fischh. Weise.
Moritz Weinberg
Himmelreichstraße Nr. 12.

Beste

grüne Bohnen

die 2 Pfund-Dose nur 30 Pfg.

empfiehlt 59

L. W. Lüder

Gr. Markt- u. Stephansbrückenecke.

Fertige Betten

reichlich mit weichen Bettfedern gefüllt Ober-, Unterbett und Kissen 12½ Mark

Hotel-Betten 3301

mit garantiert federdicht. Inletts, komplette Betten zu 15, 18, 22 Mark.

Herrschafts-Betten

mit Halbdaunen-Füllung hochfein, 33, 38, 45 und 50 Mark.

A. Kirschberg

City-Hotel, gegenüb. d. Ulrichskirche.

Frisch. Schweinefleisch

alle Sorten **Wurst, Schinken u. Speck**

ff. Rothenfelder Margarine

sowie jeden Sonnabend und Sonntag:

Warme Knoblauchswurst und Pökelfleisch

E. Glaser, Immermannstr. 10.

Küchenspitzen

Papier und Schirting

schönste Muster

à Meter von 5 Pfg. an

zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme

Jakobsstraße 40.

Größtes Hausbackenbrot

à 50 Pfg.

schwarzl. 6 Pfd., weißb. 5½ Pfd. schwer, liefert die **Bäckerei Kl. Klosterstr. 17.**

* **Ein Kinderwagen zu verkaufen Morgenstraße 57 bei Herrmann.**

* E. gebr. **Fahrrad** billig z. verkauf. bei G. Homann, Wanzlebenerstr. 12, H. I. pt.

* Suche zu kaufen ein 3teil. Heckebauer, Meter lang. Kullig, Nikolaistraße 2

* **Ein Heckebauer zu verkaufen Zschokkestraße 6, v. 1 Tr.**

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen

Hauptwache 5 und **Schmidtstr. 61.**

Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Rippenspeck.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims,
Breiteweg 82, 1 Tr.

Sonnabend: Linsensuppe, Rindfleisch, Meerrettigsauce, Salzkartoffeln.

* Eine **Aufwärterin** wird gesucht Buckau, Wanzlebenerstraße 5, v. 2 Tr. r.

* Freundl. möbl. **Zimmer** für 2 Herren zu vermieten Buckau, Freiestraße 15, pt.

* **Anst. Logis** Thränsberg 2, Hof, 1. 2 Tr.

Gr. Schulstr. 14 v. 1 anst. Logis. [73

Frdl. Logis Grünstraße 14a, 2 Treppen.

Hofjäger-Burg.

66 **Sonntag:**

Tanz.

Ergebenst ladet ein **H. Lorenz.**

Den Gewerkschaften, sowie Vereinen zeige hiermit an, daß mein

kl. Saal, auch Vereinszimmer

für die Wochentage, hauptsächlich Sonnabends, zur gefälligen Benutzung zur Verfügung stehen.

E. Hartmann, Dreikaiserbund.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater 190

Wilhelm Lange

nach langem schweren Krankenlager in der Nacht zum Donnerstag im 40. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid ersuchen

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Westfriedhofes, Große Diesdorferstraße, aus statt.

Nachruf!

Donnerstag früh 1 Uhr verstarb nach längerem schweren Leiden unser Sportsgenosse und Vertrauensmann

Wilhelm Lange

im 40. Lebensjahre.

Wir werden unserm Genossen ein ehrendes Andenken bewahren und ersuchen sämtliche Mitglieder, zu der am Sonntag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Westfriedhofes aus stattfindenden Beerdigung zu erscheinen. 188

Arbeiter-Radfahr-Klub Stern.

Nachruf.

Nach jahrelanger Krankheit, schmerzvollen Leiden verschied in der Nacht zum Donnerstag unser treuer Parteigenosse, der frühere Korbmachermeister, jetzige Agent

Wilhelm Lange

in Sudenburg. — Noch im besten Mannesalter stehend, nahm er stets regsten Anteil an der Parteibewegung und gab den jüngeren Genossen ein gutes Beispiel. Nicht allein die Genossen seiner nächsten Umgebung, nein, alle Genossen unseres Wahlkreises bedauern das Hinscheiden des braven Kämpfers und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vertrauensmann der Sozialdemokraten Magdeburgs.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. Mts., 3 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des Westfriedhofes aus statt. Mögen die Parteigenossen dem Verstorbenen durch recht zahlreiches Geleit die letzte Ehre zuteil werden lassen. 189

Danksagung.

Allen Denen, die den Sarg meiner lieben Frau so reich mit Blumen schmückten und ihr das letzte Geleit zur ewigen Ruhe gaben, sage ich meinen besten Dank. 79

Friedrich Ackermann.

* Uns. Bruder Willy Richardt z. s. 15. Geburtstag die herzl. Gratulation. A. E. A.

* Uns. lieben Schwester Gertrud W. z. Geburtstag d. herzl. Glückw. Ernst u. Willy.

* U. Freund H. Baumgarten z. Geburtst. ein donn. Lebehoch! Da F. Z., R. P., E. B., F. W.

* **F. Deich** z. heut. Tage ein Lebehoch. Fritze haue hin??

* Uns. Kollegen Friedrich Baumeister ein donn. Lebehoch. Frei-Heil! Familie Frebel.

* P. Kruse, olle gutmütt. Seele, nun woll. wir ooch mal gratul. Dein z. Sch. u. Sch.

* Unserm Schwager Wilhelm zum Wiegenfeste ein dreifaches Hoch! W. u. M.

* Frau Mahn zu ihrem Geburtstage die herzlichste Gratulation. M. L. E. L. M.

* Frau Mahn zum Wiegenfeste wünschen das allerbeste die durstigen Kaffeeschwestern.

* Unserer lieben Mama die herzlichsten Glückwünsche z. Geburtstage. Fam. Mahn.

* Unserm Turnbruder E. Emmerich zu seinem Wiegenf. e. dreif. Frei Heil! J. P. A. H. H. S.

* Hermann Franke zu seinem Geburtstage ein donnerndes **Lebehoch!** Die **Stattlopper**

Cirkus-

Theater.

Die Hochzeitsreise muß sich ein Jeder ansehen!

Riesen-Erfolg!

Größter Schlager der Saison.

Kleine Preise.
Kinder die Hälfte.

Cirkus-

Theater.

Nachmittags 4 Uhr:

Germania

Groß. patriotisches Kriegsfestspiel 1870/71.

50 elektr. Kolossalgemälde.

1. Pl. 50 Pf., 2. Pl. 30 Pf., Mil. 20 Pf.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 27. Januar 1900:
Gastspiel Heinrich Bötel.

Die weiße Dame.

Hierauf;

Das Lied von der Glocke

mit lebenden Bildern.

Walhalla

!!Seelöwen!!

Das Großartigste der Saison!

Walhalla

Parterre-Säle:

Jeden Abend:

Gr. Ulk-Konzert

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 22. Magdeburg, Sonnabend, den 27. Januar 1900. 11. Jahrgang.

Hoch der Parlamentarismus!

Wenn zu Bismarcks Zeiten strebsame vortragende Räte irgend eines Ministeriums oder Reichsamts sich die sichere Aussicht auf eine glänzende und schnelle Carrière erwerben wollten, dann setzten sie sich auf die Hosen und rechneten aus, wie viele Ministerien in der dritten französischen Republik sich einander abgelöst hätten, wie viele Premier-, Kriegs-, Finanz- usw. Minister das unglückliche Frankreich auf einander folgen gesehen habe ꝛc. ꝛc. Triumphierend ward dagegen auf die „monarchische Stetigkeit" der deutschen Zustände hingewiesen, auf das Königtum, das einer wechselnden Parlamentsherrschaft sich nicht beuge, auf den „ehernen Reichskanzler", der schon eine Vierteljahrhundert die Geschicke des Reiches lenke. Von der Verfassung hörten dazumal weder die Konservativen noch die Gouvernementalen gern reden. Ende der achtziger Jahre moquierte sich die Kreuzzeitung im Stile Friedrich Wilhelms IV. über den „Fetzen Papier", wie sie sehr despektierlich die preußische, wie die Reichsverfassung nannte. Und die Regierung? Systematisch wurde vermittelst der Reptilienpresse darauf hingearbeitet, das Ansehen des Reichstages zu untergraben; auf den Reichstag von 1877, mehr noch auf den von 1881, namentlich aber auf den von 1881 ließ Bismarck die ganze bezahlte Preßmeute los; nur die Reichstage, die wie die von 1878 und 1887 durch eine ungeheuerliche Volkstäuschung ins Leben gerufen waren, fanden Gnade vor den Reichskanzler-Autokraten — wehe dem unglücklichen oppositionellen Journalisten, der auch nur halb so scharf über diese Reichstage sich äußerte, als die Offiziösen über jene!

In den zehn Jahren, die seit dem Weltuntergange — pardon, seit Bismarcks Entlassung — ins Land gegangen sind, hat sich viel, sehr viel geändert. Am rascheisten, jahsten, entschiedensten setzte der Umschwung bei den „gestürzten Titanen" selbst ein. Den nationalliberalen und sonstigen Wahlfahrern, die nach Mekka-Friedrichsruh pilgerten, legte Muhamed-Bismarck den Verfassungs-Koran in einer Weise aus, die mit „Monarchismus", „Königstreue" usw. nur noch eine sehr entfernte Aehnlichkeit aufwies. Und auch die Kreuzzeitung griff auf die konstitutionellen Artikel zurück, mit denen sie bei ihrer Geburt in die politische Aera eintrat.

Anno 1894/95 veränderte sich freilich das Bild einmal wieder. Nach dem Sturze des verhaßten „Caprivismus" glaubte der Agrarkonservatismus wieder Oberwasser zu bekommen. Die Drohungen der landbündlerischen Presse, ins Lager der Sozialdemokratie übergehen zu wollen, verstummten: statt auf ihre „verfassungstreuen" Artikel von 1848 griff das damalige Organ des nachherigen Zuchthäuslers Hammerstein auf ihre verfassungsfeindlichen Artikel aus der Konfliktszeit zurück. Nach der Melodie:

Und der König absolut,
Wenn er uns den Willen thut —

wurde das „Recht" und die „Pflicht" des Herrschers, aus Gründen der sogenannten „höheren Staatsraison" sich über die „geschriebene" Verfassung hinwegzusetzen, mit schmetternden Trompetenstößen ausposaunt; der Bureaukrat Konstantin Rößler, der General von Bogusławski predigten mit cynischer Offenheit den Staatsstreich und die gouvernemental-konservative, namentlich aber die bismarckische Presse brüllten Beifall. Die Hamburger Nachrichten des Herzogs von Lauenburg schwelgten in den Greuelscenen eines Straßenkampfes, den ihre blutrünstige Phantasie ihnen vorgaukelte. Die Situation der Konfliktszeit schien wieder gekehrt.

Aber es schien nur so. Bei aller Aehnlichkeit der politischen Konstellation waren die ökonomischen Grundlagen durchaus verschoben. In den sechziger Jahren war Preußen, etwa von Berlin, Schlesien und dem Rheinland abgesehen, ein wesentlich bäuerlich-kleinbürgerliches Land; der alte Grundadel war vorab noch die einzige herrschende Klasse; der moderne Fabrikadel war erst in seinem embryonischen Anfängen vorhanden. Das hat sich sehr geändert in den 30 Jahren, die zwischen der Konflittszeit und den Anfängen der Aera Hohenlohe liegen. Als gleichberechtigter nicht nur, sondern als ein mehr und mehr nach der Vorherrschaft ringender Faktor war die Industrie neben die Landwirtschaft, waren die Schlotjunker neben die Krautjunker getreten. Als Agrar- und Feudalstaat im ausschließlichen Sinne ließ sich nicht einmal mehr Preußen beherrschen, geschweige denn jenes staatsrechtlich komplizierte, ökonomisch bunt zusammengesetzte Gebilde, das den prächtigen Titel eines Deutschen Reiches führt. Das Ministerium Hohenlohe—Miquel—Köller—Schönstedt hat sicher die beste Absicht gehabt, zur vollen Zufriedenheit der Junker die Geschäfte zu führen. „Aber es gelang Dir nicht." Mit der allerbesten Absicht, wie sie vielleicht nicht so ganz Hohenlohe, aber sicherlich manche seiner Kollegen hegten, war es doch unmöglich, den Kulturkarren um ein paar Jahrhunderte zurückzuschieben. Herr v. Köller, der eigentliche Vertrauensmann der Junker in der Regierung, erzielte nur, daß die bürgerlichen wie sozialdemokratischen Witzblätter des In- und und Auslandes für undeutliche Zeiten mit Stoff versehen wurden.

Es ging also nicht. Rein agrarisch-junkerlich ließ sich noch nur einmal nicht in Preußen regieren. Mehr und mehr dämmerte diese Ueberzeugung der konservativ-antisemitischen Presse auf. Und je klarer sie sich hierüber wurde, desto mehr verstummten die Lobpreisungen der Regierung in ihr, desto mehr griff sie auf den Ton zurück, den sie in der Aera Caprivi anzuschlagen beliebte. Bisher hat diese Entwicklung — trotz einiger Rückschläge, die sich bei dem Zuchthaus- wie vorher bei dem Vereinsgesetz einstellten — angehalten. Sie hat dazu geführt, daß konservative Blätter wie Abgeordnete die preußische Verfassung als Sturmfahne schwangen, wie einstmals beim Staatsstreich des 2. Dezember: der Abg. Baudin die französische des Jahres 1848; sie hat dazu geführt, daß Herr v. Köller die Mahnung aufgriff, die vor 5 Jahren Herr Tigl gegen seinen, Köllers, Bruder schleuderte, die Mahnung nämlich, sich vor dem Schicksal Straffords zu hüten: nur, daß diesmal Strafford sei. Nachfolger nicht mehr Köller, sondern Hohenlohe heißt.

Aber mehr noch. Während im Abgeordnetenhause die Konservativen sich als die unbestechlichen, unerschütterlichen Freunde und Beschirmer des heiligen Palladiums der Verfassung aufspielen zieht sich im Reiche Fürst Chlodwig Hohenlohe, den Graf Posadowsky etwas zögernd folgt, auf denselben Verfassungsstandpunkt zurück, den in Preußen die Junker zu vertreten vorgeben. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung konstatiert der Reichskanzler mit Wohlgefallen, daß die Mehrheit des Reichstages (und zu ihr gehören in diesem Falle nun einmal unleugbar die Sozialdemokraten) die Angriffe der Konservativen auf die Reichsregierung mißbilligt habe. Der Reichskanzler beliebt, daraus ein Vertrauensvotum herauszulesen.

Der reine Hexensabbath: im Abgeordnetenhause wird dieselbe Regierung von denselben Konservativen des Verfassungsbruchs angeklagt, die im Reichstage von ihr den Staatsstreich gebieterisch heischen. Ein Schauspiel für die Götter. — kt.

Aus der Parteibewegung.

„Wühlen Sie nur tüchtig drauf los!" An diese Worte des Polizeispitzels Wohlgemuth wird die Erinnerung wieder aufgefrischt durch den kürzlich erfolgten Tod des braven Genossen, der bei der Entlarvung des Spitzels die Hauptrolle spielte. Genosse **Balthasar Lutz** ist in New-York gestorben. Lutz, der Ende der achtziger Jahre in Basel als Schneider arbeitete, war einer der Unerschrockenen, die unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes im Dienste des roten Postmeisters den „Züricher Sozialdemokrat" und andere verbotene Schriften über die Grenze nach Deutschland schafften. Durch irgend einen Zufall kam Lutz mit dem Polizeikommissar Wohlgemuth in Mülhausen in Verbindung, und dieser glaubte, in Lutz ein brauchbares Werkzeug für seine lichtscheue Thätigkeit zu finden, wofür er ihm natürlich gute reichsdeutsche Spitzelpfennige bot. Lutz ging im Einverständnis mit anderen Genossen auf den Plan ein und lockte Wohlgemuth auf schweizerisches Gebiet. Dort wurde der Spitzel durch die Polizei festgenommen und im weiteren Verfolg der Sache wurde seine ganze Thätigkeit aufgedeckt und ihm sein edles Handwerk unmöglich gemacht. Allerdings wurde auch Genosse Lutz von den schweizerischen Behörden geopfert. Er wurde aus der Schweiz ausgewiesen und ging nach New-York, wo er sich weiter als Schneider durchschlug. In letzter Zeit litt er unter langer Arbeitslosigkeit, bis er vor wenigen Wochen wieder gutlohnende Arbeit erhielt. Er hinterläßt eine kranke Frau und drei Kinder. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Höchstwahrscheinlich" grober Unfug. Zwei Parteigenossen in Freiberg in Sachsen wurden vom Schöffengericht zu je acht Tagen Haft verurteilt, weil sie den Agitationskalender auf dem Lande verteilt haben. Irgend welche „Belästigung" wurde nicht nachgewiesen, das Urteil begnügt sich mit der Behauptung, daß „höchstwahrscheinlich Leser des Kalenders den Irrlehren zugängig gemacht" worden seien. —

Wegen Reichskanzler-Beleidigung, Beleidigung des Staatssekretärs Posadowsky und der Beamten des Reichsamtes des Innern hatte sich am Dienstag der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Genosse Korn vor der Strafkammer in Kiel zu verantworten. Die Beleidigungen sollten enthalten sein in zwei Artikeln der Volkszeitung, vom Juni 1899: „Wie die Regierung das Zuchthausgesetz begründet", und vom Oktober 1899: „Der Kampf gegen die Zuchthausvorlage". Die mehr denn vierstündige Verhandlung gestaltete sich zu einer eingehenden Kritik des versunkenen Gesetzentwurfs und der famosen Denkschrift seitens des Angeklagten und des Verteidigers, um die Wahrheit der Behauptungen der beiden Artikel zu erbringen und die Schärfe der Aeußerungen als berechtigt zu erweisen. Sie stellten den eventuellen Beweisantrag, die Professoren Tönnies oder Schmoller, oder Wagner über die Richtigkeit der statistischen Angaben der Denkschrift zu vernehmen. Das Gericht setzte die Urteilsverkündung bis kommenden Dienstag aus. —

Feuilleton.

Der Roman einer Verschwörung.

Von A. Raue.

Ins Deutsche übertragen von Marie Kunert.

(67. Fortsetzung.)

XXVI.

Rochereuil und der Abbé hatten unbeweglich und mit stolzer Verachtung zugehört. Am nächsten Morgen benachrichtigte Descosses' Stellvertreter sie zeitig, daß der Herr Untersuchungsrichter sich in das Gefängnis begeben habe und sie verhören wolle.

Degrange hatte Herrn Drault gehörig bearbeitet und ihm den einzuschlagenden Weg vorgezeichnet. Die lange Abwesenheit Rochereuils und des Abbé war wohl sehr schwerwiegend, aber sie genügte nicht zu einer Verurteilung. Es galt, festzustellen, welches der Zweck dieser Abwesenheit war. Degrange begriff jetzt fast alles. Der Herzog von Rovigo hatte ihm eine Depesche des Generalrichters der Armee übersandt, nach welcher fünf Unbekannte in Erfurt gesehen worden waren, die fast unmittelbar nach ihrer Ankunft wieder abgereist waren. Nachforschungen hatten nicht angestellt werden können, weil die französische Armee ihre Stellungen um Erfurt geräumt hatte, die dann von den Verbündeten besetzt wurden. Die Zahl fünf war Degrange aufgefallen wegen des Zusammentreffens mit der Zahl der in Chatellerault verhafteten Personen, die noch immer in Haft waren. Es war klar, daß diese Leute eine Komödie gespielt und daß sie durch das Benehmen, das sie zur Schau trugen, eine Verhaftung beabsichtigt hatten. Degrange erkannte darin das gewöhnliche Verfahren seiner Gegner, das unveränderlich darin bestand, die Polizei auf eine falsche Spur zu lenken. So gelangte er zu dem Schluß, daß die fünf in Erfurt bemerkten Personen sehr wohl Rochereuil, der Abbé und drei ihrer Gefährten sein konnten, die sich nach dem Hauptquartier der Armee begeben hatten, während fünf ihrer Mitschuldigen den Verdacht von ihnen ablenkten, indem sie sich selbst auslieferten. Aber das waren nur Vermutungen und ungewisse Schlußfolgerungen. Man brauchte mehr: entweder ein Geständnis der Angeklagten oder aber eine Beweisführung durch ein geschickt angestelltes Verhör.

Degrange rechnete nicht darauf, aus Rochereuil oder dem Abbé etwas herauszubekommen. Nur um den Schein der Gewissenhaftigkeit zu wahren, befahl er Drault, sie zu verhören. Das Sprechzimmer der „Heimsuchung" wurde zu einem Verhandlungsraum für den Untersuchungsrichter umgewandelt. Drault ließ sich dort mit dem Schreiber Ginot nieder. Degrange saß in einer Ecke.

Der Abbé wurde zuerst hereingeführt. Drault lud ihn höflich ein, sich zu setzen, doch der Abbé wies auf Degrange.

„Ist es Sitte, Herr Drault," sagte er, „daß die Zeugen bei den Vernehmungen zugegen sind?"

Degrange stand ruhig auf.

„Ich vertrete hier," sagte er, „Se. Excellenz den Herrn General-Polizeiminister des Kaiserreichs und habe das Recht, hier zu sein."

„Wenn ich eben eine Bemerkung darüber machte," erwiderte der Abbé, „so geschah es aus einem Rest von Achtung für die Gerechtigkeit, den mir bisher noch nichts hatte nehmen können. Im übrigen ist es mir vollkommen gleichgültig."

Drault wandte nun alle gebräuchlichen Verfahren an. Er sprach bald drohend, bald salbungsvoll. Er rief den Himmel zum Zeugen an für das warme Interesse, das der Abbé ihm einflößte. Er bedauerte, daß ein so bedeutender Mann, der nach den höchsten Stellen streben könnte, wenn er mit der bestehenden Regierung seinen Frieden machte, sich in so wahnsinnige Unternehmungen eingelassen hatte. Er beklagte den Abbé, weil er unter dem abscheulichen Einflusse Rochereuils stehe. Er rühmte das rechtliche Denken des Abbé und suchte ihm durch die Behauptung zu schmeicheln, daß man dies in so hohem Grade nicht von jedem sagen könne. Er bot ihm volle Begnadigung an, wenn er nicht etwa seine Freunde denunzierte — von einem Manne wie er, würde man dergleichen nie verlangen — sondern, wenn er einfach gestand, was ihn persönlich betraf.

Dieser grobe Trick gelingt unter zwanzig Malen einmal.

Endlich schloß Herr Drault im Tone des Mitleids:

„Sie haben sehr unrecht, Herr Abbé," sagte er, „sich so zu kompromittieren. Sehen Sie denn nicht, daß ich mich für Sie interessiere? Sie opfern sich zwecklos, Herr Rochereuil hat gestanden, daß Sie zusammen in Erfurt waren."

Ein neuer Trick, der unter zehn Malen einmal gelingt.

Aber der Abbé lächelte nur. Er erwiderte kein Wort, kein einziges während dieses langen Verhörs, das infolgedessen nur ein Monolog war. Drault schwitzte heftig.

Rochereuil gegenüber benahm der Untersuchungsrichter sich anders. Sobald der Gefangene eingetreten war, ging er auf ihn zu.

„Mein Herr," sagte er zu ihm, „wir wissen alles. Ihre Anwesenheit in Erfurt im Hauptquartier der Armee ist durch sichere Zeugenaussagen festgestellt. Von Poitiers bis nach Deutschland kennt man ihre Spur. Uebrigens hat einer Ihrer Mitschuldigen von der Armee Enthüllungen gemacht. Sie sind mit dem Abbé Georget und drei anderen Verschwörern, auf welche die Polizei ihre Hand legen wird, nach Erfurt gekommen in der verbrecherischen Absicht, ein Attentat auf die Person Seiner Majestät des Königs zu begehen. Was haben Sie zu erwidern?"

„Absolut nichts," antwortete Rochereuil achselzuckend.

„O, erlauben Sie, Rochereuil, das Gericht duldet weder eine anmaßende Haltung, noch einen unverschämten Ton. Nehmen Sie sich in Acht. Mit einem Manne wie Sie macht man keine Umstände. Wenn Sie sich nicht zu Geständnissen entschließen, werde ich Befehl geben, Louis Rochereuil, der sicherlich mitschuldig ist, sowie Ihre Mutter und die unverehelichte Lefrancois zu verhaften."

Drault sprach den Namen Juliettes mit verächtlichem Lächeln aus.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Wahlbewegung im Wahlkreise Calbe-Aschersleben.

Wähler des Kreises Calbe-Aschersleben.

Seht die Wählerlisten ein!

Dieselben liegen aus vom **Mittwoch, den 24. Januar bis zum Mittwoch, den 31. Januar.**

Versäume niemand die Einsichtnahme. Wer nicht in der Liste steht und versäumt, rechtzeitig Beschwerde zu erheben, geht seines Wahlrechts verlustig!

Wer ist wahlberechtigt?

Wahlberechtigt ist jeder männliche Deutsche, der bis zum Wahltage das 25. Lebensjahr vollendet, wenn er zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten schon im Wahlkreise wohnt. Ein etwaiger zweiter Wohnort gilt hierbei nicht. An demjenigen Ort, in dem er wohnt, muß er auch in die Wählerliste eingetragen werden. Wer im letzten Jahre Armenunterstützung erhalten hat, darf nicht wählen. **Invalidenrente, Altersrente, Unfallrente sind keine Armenunterstützung.**

Ausgeschlossen sind ferner Personen, die unter Vormundschaft stehen oder sich im Konkurs befinden oder denen noch jetzt die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind.

Wer in einem andern deutschen Bundesstaate geboren ist, als in Preußen, **ist wahlberechtigt,** wenn er auch das Heimatsrecht in Preußen **nicht** erworben hat.

Herr Hirschfelder berichtigt.

Im Schönebecker Tageblatt finden wir folgende Notiz: „Unserer Kritik an Nr. 15 der Magdeburger Volksstimme müssen wir eine Einschränkung hinzufügen, da wir vielleicht (!!) über den Verlauf der Klage gegen Frau Zieger in Staßfurt nicht genau unterrichtet waren. Wir würden dann den Vorwurf, daß die Volksstimme die Wahrheit verschleiert habe, für diesen Punkt fallen lassen." Also Herr Hirschfelder giebt zu, über den Verlauf des Prozesses nicht genau unterrichtet gewesen zu sein. Das hielt ihn aber nicht ab, einen langen Artikel zu schreiben, in welchem er der Volksstimme Unwahrheit vorwarf. Gewöhnlich orientiert man sich erst, wenn man über etwas schreibt, Herr Hirschfelder nimmt es aber nicht so genau mit journalistischen Anstandsbegriffen, das zeigt wieder einmal die obige Berichtigung, die eigentlich gar keine Berichtigung ist. Herr Hirschfelder verschweigt nämlich wohlweislich, was er überhaupt berichtigt, in welchem Punkt er uns zu Unrecht der Unwahrheit bezichtigt hat. Herr Hirschfelder weiß, warum er dieses thut. Denn gerade die Behauptung von ihm, daß Herr Placke überhaupt keinen Strafantrag gestellt habe, ist es, deren Unwahrheit wir nachgewiesen haben. Begreiflicherweise scheut er sich nun, dieses zuzugeben, weil er damit zugleich zugeben mußte, daß er entweder von unserm Strafgesetzbuch auch nicht die geringsten Kenntnisse besitzt, oder daß er wissentlich die Unwahrheit geschrieben hat, als er behauptete, Herr Placke habe überhaupt keinen Strafantrag gestellt. Aus dieser fatalen Situation will er sich dadurch befreien, daß er sich zwar berichtigt, aber verschweigt, was er überhaupt berichtigt hat. Das wird ihm aber nichts nutzen. Fest steht, Herr Hirschfelder giebt es ja selbst zu, daß Herr Placke Strafantrag gegen die Frau Zieger gestellt und dadurch die Frau auf sechs Tage ins Gefängnis gebracht hat. Das genügt uns. Wir werden schon dafür Sorge tragen, daß diese Thatsache genügend bekannt wird. Es wäre aber immerhin besser gewesen für Herrn Placke, wenn sein getreuer Schildknappe Hirschfelder seinen „intelligenten" Rechtfertigungsversuch unterlassen hätte. Die eigenartige „Berichtigung" wird den plumpen Versuch, Herrn Placke rein zu waschen, nicht aus der Welt schaffen. —

Eine Versammlung in Egeln.

Von der Stimmung im Wahlkreise legt eine Versammlung in Egeln, die am Sonntag nachmittag dortselbst stattfand, beredtes Zeugnis ab. Die Halberstädter Arbeiterzeitung berichtet darüber: Am heutigen Tage fand hier im Stadt-Park eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Adolf Hoffmann aus Berlin sprach. Die Versammlung war eigentlich eine Wahlversammlung des Kreises Calbe-Aschersleben für die an Egeln angrenzenden Orte Schneidlingen, Hochstedt 2c., woselbst leider ein Saal für die Sozialdemokratie nicht zu haben ist. Schon der Zug, der hier 4 Uhr 43 Minuten eintrifft, war so überfüllt, daß bereits in Schneidlingen Passagiere in 3. und 2. Klasse untergebracht werden mußten. Der Weg vom Bahnhof zum Versammlungslokal glich einer Wallfahrt. Im dichtbesetzten Saal hielt Genosse Hoffmann seinen ca. 1½stündigen Vortrag, bei dem er mit dem heutigen Zickzackkurs, den Entrechtungsversuchen gegen die Arbeiter und der Ausbeutungspolitik arg zu Gericht ging. Besonders auf die Neuwahl in Calbe-Aschersleben, die Verurteilung Schmidts und die Aberkennung der Mandate kam er zu sprechen und bezeichnete unter dem nicht endenwollenden Jubel der Versammlung die Wiederwahl des Genossen Schmidt als selbstverständlich, als Ehrensache der Sozialdemokratie. Genosse Wizorowski-Staßfurt kennzeichnete in derben Worten die Kampfesweise der Gegner und forderte die Genossen unter großem Beifall der Versammlung auf, diesen Leuten am Wahltage die Antwort zu geben. Wie stark die Versammlung besucht war, geht am besten daraus hervor, daß an den um 9 Uhr von Egeln abgehenden Zug zwei Extrawagen angehangen waren. Gegner waren anwesend, meldeten sich aber trotz aller Aufforderung nicht zum Wort. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Die **Bergleute** des Zeitz-Weißenfelser Braunkohlen-Reviers, sowie des Menselwitz-Rositzer Bezirks beabsichtigen, im April d. J. in eine Lohnbewegung einzutreten. Seit langer Zeit ist für den Ausbau des Verbandes Sorge getragen, und weisen die Filialen einen sehr beträchtlichen Mitgliederbestand auf. Die aufgestellten Forderungen, die am 1. April d. J. den Grubenverwaltungen überreicht werden sollen — falls nicht eintretende Umstände eine frühere Einreichung benötigen — sind folgende: 1. Sämtlichen Arbeitern, ober- und unterirdisch, ist eine Lohnzulage von 10 Prozent zu gewähren. 2. Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich. 3. Abschaffung der Frauenarbeit. 4. Abschaffung der getrennten Gedinge. Ausbauung des Sanitätswesens nach den zu Ostern auf dem Bergarbeiter-Kongreß zu Halle gefaßten Resolutionen. — Eine große Anzahl von Bergarbeiter-Versammlungen in den verschiedensten Orten beider Bezirke, die sehr zahlreich besucht waren, hat diesen Forderungen zugestimmt, auch deren Einreichung am 1. April beschlossen. Hoffentlich kommen die Verwaltungen, die in den letzten Jahren durchweg gute Einnahmen zu verzeichnen hatten, diesen gerechten Forderungen entgegen, so daß es zu einem friedlichen Ausgleich kommt. —

Lohnbewegung der Bergarbeiter in Oberschlesien. Das Bild des Streiks verändert sich von Tag zu Tag. Die Streikenden sind ohne Leitung und Organisation. Eine Versammlung der Ausständigen, um sie zu organisieren und Ordnung in den Streik zu bringen, ist unmöglich, da die Wirte ihre Säle nicht hergeben. So fischt die Unternehmerschaft im Trüben, die unorganisierte Arbeiterschaft wird eingeschüchtert und giebt sich mit leeren Versprechungen zufrieden. Auf „Hohenzollern" und „Hohenlohehütte" ist der Streik durch versprochene Lohnerhöhung (10 Prozent) beigelegt; auf „Heinitz" desgleichen. Von „Borsigwerk" fehlen genaue Nachrichten. Gestreikt wird auf „Florentine" (Kattowitzer Aktien-Gesellschaft, 1700 Mann Belegschaft) und nach unbestimmten Nachrichten auf „Hubertushütte" (Kattowitzer Aktien-Gesellschaft). —

Die Konfektionsarbeiter in Speyer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen im allgemeinen eine Erhöhung der Accordpreise um 15 Prozent und Extravergütigung einiger Nebenarbeiten. Die Unternehmer hatten in einer Konferenz beschlossen, den Arbeitern eine Zulage von 2 bis 5 Prozent zu gewähren. Diese Zugeständnisse hat eine gut besuchte Versammlung der Schneider als zu unbedeutend abgelehnt und ist der Streik proklamiert. —

Der gesetzliche Achtstundentag für Bergarbeiter hat in Bayern ein kurzes Leben gehabt. In der ersten Lesung der Berggesetznovelle wurde er von der Kommission beschlossen und in der zweiten Lesung wurde er schon wieder beseitigt. Genosse Segitz, der Antragsteller, konnte zur zweiten Lesung nicht anwesend sein und deshalb zeigte sich die Kommission den Wünschen der Regierung geneigter. Sie beschloß nun einen Achtstundentag ohne Ein- und Ausfahrt. Die Genehmigung zu zehnstündiger Arbeitszeit wurde von 30 auf 52 Schichten erhöht. Genosse Segitz wird nun seinen Antrag im Plenum wiederholen, die Aussichten für dessen Annahme sind aber unter diesen Umständen noch geringer geworden. —

Für politisch erklärt wurde in Hannover die Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter. Als Grund wird angegeben, daß sie nach ihren Statuten ihr Verbandsorgan den Proletarier unentgeltlich an die Mitglieder liefere. Das Blatt sei sozialdemokratisch und deshalb der Verband politisch.

Hut ab vor den Chinesen! Vor einiger Zeit trieb der Kapitän eines englischen Dampfers einen an Bord beschäftigten Chinesen durch fortgesetzte viehische Mißhandlungen soweit, daß er auf der Elbe über Bord sprang und ertrank. In Hamburg angelangt, weigerten sich nun 13 chinesische Kollegen des in den Tod Gehetzten, wieder an Bord zu gehen, ehe nicht der Kapitän und der ebenso verhaßte erste Offizier von der Reederei abberufen seien, und begaben sich bei der Hafenpolizei in Schutzhaft. Jetzt hat die Reederei nachgegeben. —

Bauarbeiterschutz.

Dem wiederholten Drängen von sozialdemokratischer Seite nachgebend, teilt jetzt Herr v. Posadowsky den Erfolg seines Rundschreibens an die Bundesregierungen vom 30. Juni 1898, betreffend den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Bauarbeiter, der Oeffentlichkeit mit. Nach Herrn v. Posadowskys Meinung hätten sich die von ihm gegebenen Anregungen „in weitem Umfange wirksam" erwiesen. Zunächst sei durch Vermittlung des Reichs-Versicherungsamts bei den Berufsgenossenschaften auf eine Verbesserung des Aufsichtsdienstes zur Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften hingewirkt worden. Die preußische Regierung hat die Regierungspräsidenten angewiesen, nach Bedürfnis geeignete Verordnungen zu erlassen, was auch teilweise bereits geschehen sei.

Dann wird auf das bekannte Vorgehen Bayerns und auf das in Beratung befindliche sächsische Baugesetz verwiesen, Baden und Württemberg werden gelegentlich prüfen, Hessen und Braunschweig haben Polizeiverordnungen erlassen, ebenso Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß ä. L., in Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Reuß j. L. und Schaumburg sollen „im Bedürfnisfalle" bei der Bauerlaubnis geeignete Bedingungen gestellt werden, in Lübeck wird beraten, Hamburg habe schon entsprechende Vorschriften und in Elsaß-Lothringen sind die Polizeibehörden zum Erlaß von Vorschriften angewiesen worden.

Ueber den Inhalt dieser vielen Vorschriften wird ebensowenig mitgeteilt, wie über die Art der Fürsorge für ihre Beachtung. Damit wäre auch wenig Staat zu machen. Den berechtigten Wünschen der Bauarbeiter entsprechen sie

Kleines Feuilleton.

Kapital und Presse. Im Verein Berliner Presse wurde jüngst ein Antrag eingebracht, der sich im Anschluß an den bekannten Prozeß Stephany-Strehlke mit unzulässigen pekuniären Zuwendungen an Redakteure beschäftigte und als eine solche Zuwendung es auch bezeichnete, wenn der Chefredakteur oder der Handelsredakteur bei Emissionen vor den übrigen Zeichnern bevorzugt werde. Dieser Antrag ist nun mit außerordentlicher Mehrheit gegen 6 Stimmen in folgender Fassung in der letzten Vereinssitzung angenommen worden:

„Der Verein Berliner Presse erklärt es für unvereinbar mit der Ehre seiner Mitglieder, von Personen oder Anstalten, deren Thätigkeit der öffentlichen Beurteilung unterliegt, irgendwelche Zuwendungen anzunehmen, die den Charakter der Bestechung tragen. Als eine Zuwendung in diesem Sinne ist auch eine solche Bevorzugung bei der Zuteilung auf Zeichnungen bei Emissionen anzusehen, die in Folge der begleitenden Umstände den Charakter der Bestechung gewinnt."

Wie auf Grund durchaus zuverlässiger und verbürgter Informationen festgestellt werden kann, hat zu dieser die Preßkorruption bekämpfenden Mehrheit auch Herr Stephany, der Chefredakteur der Vossischen Zeitung gehört. (!) —

Fragmente aus einer neuen Tragödie des Sophokles. In dem soeben erschienenen Heft des Rheinischen Museums macht F. Blaß auf die Reste einer griechischen Tragödie aufmerksam, die in der Sammlung der griechischen Papyri von Grenfell und Hunt veröffentlicht, aber noch wenig beachtet worden sind. Blaß ist nach eingehender Prüfung des Originals, das sich im Britischen Museum befindet, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich um Fragmente aus der verschollenen Tragödie des Sophokles „Niobe" handelt. Es sind 4 Fragmente aus einem Kartonarkophag von einer Hand des 3. vorchristlichen Jahrhunderts. Sie sind schlecht erhalten und schwer zu ergänzen. Eine Scene aus einer Niobe ist sicher dargestellt. Die „Niobe" des Aeschylos, die allein bekannt ist, kann es nicht sein, sondern nur die des Sophokles. Darauf weist auch eine Stelle bei Plutarch hin, aus der hervorgeht, daß bei Sophokles Niobe auf dem Theater vorgeführt wurde, wie ein Sohn nach dem andern und eine Tochter nach der andern erlag. Da es aber 14 waren, mußte ein Teil der Todesfälle hinter der Scene oder auswärts vor sich gehen und gemeldet werden. Nun kann man aber das Citat von Plutarch auf eine Botenrede beziehen, wie sie thatsächlich in dem Fragment enthalten zu sein scheint. Niobe wird ein Todesfall gemeldet, und ihr Klagerauf ist in einigen erhaltenen lyrischen Rhythmen zu erkennen. Gerade die Ueberbleibsel dieser sophokleischen Tragödie sind bisher äußerst spärlich. —

Von Ferdinand Kürnberger. Allerlei Züge aus dem Leben des 1879 in München verstorbenen Wiener Dichters und Denkers Ferdinand Kürnberger erzählt L. von Rosner in der Neuen Freien Presse. Das Sonderbarzweck des vereinsamten Mannes wird dadurch treffend charakterisiert. Eine dieser Anekdoten lautet wie folgt: „Kürnberger wohnte zur Zeit, da unsere Geschichte spielt, im vierten Stock des Hauses Nr. 11 der Wallnerstraße als Zimmerherr. Er hatte einen „bequemen Eingang", welcher jedem von der Treppe durch ein Eisengitter abgesperrt war. Für das Aufraumen hatte eine Bedienerin zu sorgen, die pünktlich ziemlich früh zu erscheinen hatte, denn Kürnberger war ein Morgenmensch, dann wollte er ungestört sein und ging erst gegen Mittag aus. Kam die Frau nicht zur Stunde, so strafte er sie, indem er sie an diesem Tage überhaupt nicht hereinließ. Briefträger und Besucher läuteten oft vergeblich, wenn er von der Arbeit nicht abgehalten sein wollte. So finden wir ihn eines Vormittags nicht dem Nachthemde und dem Unaussprechlichen nur mit einem höchst seltsamen weißen Winterrock bekleidet, am Schreibtisch. Die Klingel war wiederholt und diesmal recht energisch in Bewegung gesetzt worden, als der Mann, von der Arbeit aufsehend, sich entschloß, nachzusehen, wer so kühn auf dem Einlaß bestehe. Auf der Treppe vor dem Gitter lüftete ein stattlicher, schöner Mann seinen Hut. Der wohlgepflegte große Vollbart und die Glatze standen der vornehmen Erscheinung gut zu Gesicht, die auf den ersten Blick imponierend wirkte.

„Was ist Ihr Begehr?" fragte etwas gespreizt der Mann in Schlafrock und Pantoffeln.

„Ich möchte den Schriftsteller Ferdinand Kürnberger sprechen, der hier wohnen soll."

„Ich bin es selbst. Was führt Sie zu mir?"

Nun erst ließ er den Fremden eintreten, der ihm sehr gewandt und ohne Umschweife sagte, er fühle sich für die vielen anregenden und erhebenden Stunden, welche ihm Kürnbergers Novellen und seine geistreichen Feuilletons bereiteten, dem Dichter sehr zu Dank verpflichtet und habe sich vorgenommen, sobald sein Weg ihn nach Wien führe, diesen Dank persönlich abzustatten. Dies sei die Ursache seines Besuches. Es sei aber auch längst ein sehnlicher Wunsch seiner Frau, den Verfasser des „Amerikamüden" persönlich kennen zu lernen, und er bringe diesen Wunsch hiermit zum Ausdruck.

„Und wer ist es, von dem ich so artige Worte höre?" fragte Kürnberger mit seiner dünnen Stimme.

„Ich bin der Herzog von Meiningen."

„Ei, ei!" rief Kürnberger, indem er zu dem Manne aufblickte. Nach einer kleinen Pause der Ueberraschung lud er ihn ein, Platz zu nehmen und der Herzog folgte einer Handbewegung und setzte sich auf das Ledersofha, welches in einer Ecke stand.

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht," sang einst Heinrich Heine. Wenn ich an dieses Sofha denke, krachen mir heute noch alle Rippen. Man saß erbärmlich darauf. Ueber dem Holzgerippe war ein Lederüberzug. Federn hatte das Ding wohl nie besessen. Vielleicht Nägel, denn man fühlte manchmal bei geringster Bewegung einen Stich. Auf diesem bejammernswerten Instrumente saß der Herzog von Meiningen sehr bequem. Er saß lange im lebhaften Gespräche mit dem Dichter, der von Zeit zu Zeit den alten Winterrock über das offene Hemd und die haarige Brust zusammenhielt und schließlich die Einladung seines Besuchers, an einem der nächsten Tage mit ihm und seiner Gattin im Hotel Imperial zu speisen, bereitwilligst annahm. —

Ein im nächsten Monat wiederkehrender Komet wurde von dem Astronomen Finlay auf der Sternwarte am Kap der Guten Hoffnung am 26. September 1886 entdeckt, seine Umlaufszeit beträgt etwa 6½ Jahre, und so konnte seine Wiederkehr im Sommer 1893 beobachtet werden. Nach der Anfrage der Autoritäten ist die Aussicht, daß der Komet auch im nächsten Monat sichtbar werden wird, nur sehr gering, dagegen giebt Schulhof an, daß im Jahre 1906 eine sehr glänzende Erscheinung des Kometen zu erwarten sein werde, und zwar wird seine größte Annäherung an unsern Planeten dann in der Mitte des Monats August erfolgen. Das Gestirn wird jedenfalls die Aufmerksamkeit der Astronomen noch weiterhin beschäftigen, da es nach den bisherigen Berechnungen im Jahre 1919 dem Jupiter äußerst nahe kommen und dadurch den Gelehrten die Möglichkeit geben wird, auf Grund der dann erfolgenden Störung der Kometenbahn die Maße des Planeten Jupiter aufs neue zu berechnen.

Hausmüll als Erzeuger von elektrischem Licht. Die moderne Technik, die ihren Ruhm vielfach gerade darin sucht, aus den bisher als Abfall verworfenen Stoffen Nutzen zu ziehen, kann jetzt einen der größten Triumphe feiern. Wie der flüssige Abfall der großen Städte auf den Rieselfeldern zu einer Einnahmequelle geworden ist, so soll auch der trockene Abfall, der insgesamt als Müll bezeichnet wird und aus Papier, Stroh, Packmaterial, Glas 2c. besteht, gewinnbringend verwertet werden. In Shoreditch Vestry bei London ist nach einer der Volks-Zeitung zugegangenen Mitteilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Görlitz seit einiger Zeit eine elektrische Beleuchtungsanlage in Betrieb, die auf der Müllschmelze beruht und zu zeigen vermag, wie glänzend diese technische Aufgabe bereits gelöst ist. Die Hitze der Müllschmelzöfen wird dabei als treibende Kraft für die Maschinen benutzt. Der jetzt erschienene Bericht über das Geschäftsjahr schließt mit einer Mehreinnahme von 110 000 M. ab, und das allein durch Vernichtung von 460 000 Zentner Müll. Schon jetzt kann der Preis für das elektrische Licht herabgesetzt werden. So entstehen aus dem Staub der Erde Wunderdinge. —

nicht im entferntesten und die Ueberwachung ihrer Durchführung ist ohne Ausnahme den Polizeibeamten überlassen, die Nichtbeachtung mit geringen Geldstrafen bedroht. Eine einzige Ausnahme bildet Bayern, wo man bekanntlich Arbeiterkontrolleure anstellen will. —

Ausland.

Die Wiener Meerschaumdrechsler traten in den Ausstand, weil die Fabrikanten das Kartell kündigten. —

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Die österreichische Regierung hat sich endlich zu einem ernsten Schritt aufgerafft. Sie hat, wie telegraphisch gemeldet, eine Kommission eingesetzt, die aus Vertretern des Ministeriums des Innern, des Justiz-, Ackerbau-, Handels- und Eisenbahnministeriums bestehen wird und die täglich unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten oder des Ackerbauministers alle den Streik betreffenden Mitteilungen entgegennehmen und alle auf den Streik bezüglichen Verfügungen treffen soll. Es ist ein wahrhaftiges Streikministerium, was man da improvisiert. Ueberdies hat die Regierung in den Streik unmittelbar eingegriffen. Sie hat in das mährisch-schlesische Streikgebiet den Justizminister Spens-Boden und in die böhmischen Reviere den Sektionschef Blumfeld entsendet, die „für die von der Regierung zu ergreifenden Maßregeln" die geeignete Grundlage finden sollen. Herr v. Spens war, bevor er in die Regierung eintrat, Statthalter von Mähren und hat bei dem großen Ausstand der Textilarbeiter in Brünn die Vermittlerrolle mit viel Energie, Takt und arbeiterfreundlichem Sinn geführt. Man setzt daher auf seine Intervention ernste Hoffnungen. Herr v. Blumfeld hat bis vor kurzem das Ackerbauministerium geleitet. Ob er die nötige Autorität aufbringen wird, um den Protzen in Kladno zu imponieren, ist leider nicht sicher.

Das Einigungsamt für Ostrau wird am Sonnabend in Oderberg zusammentreten. In Mies und Pilsen ist es für Donnerstag einberufen. Die Unternehmer der Gewerke von Kladno, die in Prag beim Statthalter waren, haben die Beschickung abermals abgelehnt. Die Arbeiter von Schadowitz und Schatzlar in Ostböhmen haben die Forderungen formuliert und wollen nötigenfalls Freitag in den Streik treten. In Muschwitz stehen bereits die Eisenwerke der Montangesellschaft still, dasselbe droht den Werken der Prager Eisenindustrie. Zusammen kommen 2000 Arbeiter außer Arbeit. Die Kohlennot wächst in Böhmen immer mehr, der Preis ist bereits auf das Vierfache gestiegen. Meldungen über Betriebseinstellungen und Reduzierungen mehren sich immer mehr.

An die deutschen Bergleute

erläßt der Vorsitzende des „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes" in der Verbands-Zeitung einen Aufruf, in welchem er die moralische und materielle Unterstützung der streikenden österreichischen und oberschlesischen Kameraden fordert. Er mahnt dringend, keine Ueberschichten mehr zu verfahren, damit durch Lieferung von Kohlen in die Streikgebiete den Streikenden der Kampf nicht erschwert werde. Weiter wird zu Sammlungen für die Streikenden aufgefordert und bekannt gegeben, daß als 1. Rate 1000 Mark für die österreichischen Brüder vom Verbandsvorstand abgesandt worden sind. Am Schlusse wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Arbeitszeitverkürzung und Lohnbewegung auch in den deutschen Revieren ihren Wiederhall finden und ähnliche Kämpfe, wie sie jetzt in Oesterreich ausgefochten werden, in nächster Zeit auch in Deutschland ausbrechen können. Schon deshalb müsse Solidarität geübt werden. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Schulknabe Walter Amann hier, geboren 1887, stahl im Mai 1899 gemeinschaftlich mit zwei anderen noch nicht strafmündigen Knaben aus dem Gartenhause eines Kaufmanns mittels Einsteigens und Einbruchs Cigarren, Cognak, Patronen und andere Sachen. Den Angeklagten trafen deswegen 2 Wochen Gefängnis. —

Der vielmals bestrafte Buchhalter Max Clouth aus Essen, geboren 1874, erschwindelte sich im April 1899 unter Vorspiegelung falscher Thatsachen in zwei Fällen zusammen 19 Mark Reisegeld und wurde wegen Betrugs im wiederholten Rückfalle zusätzlich zu 9 Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe event. weiteren 20 Tagen Zuchthaus verurteilt. —

Der Arbeiter Otto Degen zu Neustadt, geboren 1861, ging am 26. November 1899, abends, in angeheitertem Zustande in die öffentliche Versammlung der „Heilsarmee", Heinrichsstraße 35, fing mit ihrem Offizier Visel — einem früheren Tischlergesellen — ein Gespräch an, hielt ihm seine Schnapsflasche vor das Gesicht und äußerte: „Das ist mein Gott!" Während des Gebets des Kapitäns Clausen sprach Degen dazwischen, das sei alles Schwindel usw. Beim Gesange sang er absichtlich mit gröhlender Stimme eine andere Melodie hinein. Der wiederholten Aufforderung, die Halle zu verlassen, leistete Degen nicht Folge und mußte schließlich gewaltsam entfernt werden. Der Angeklagte erhielt wegen vorsätzlicher Störung des Gottesdienstes und Hausfriedensbruches 4 Wochen Gefängnis.

Der Heizer Wilhelm Klingenberg, geboren 1863, und der Weichensteller Karl Schulz, geboren 1849, zu Buckau, veranlaßten am 6. Juni 1899 unter Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten, daß der nach Schönebeck bestimmte Arbeitszug mit dem nach Sudenburg fahrenden Verbindungszug V. 47 zusammenstieß. Dabei wurde der Lokomotivführer von der Maschine geschleudert und ein Bremser verletzt. Außerdem entstand ein Materialschaden von etwa 2800 Mark. Der Gerichtshof erkannte wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports im Verein mit fahrlässiger Körperverletzung gegen Klingenberg auf 15 Mark, gegen Schulz auf 40 Mark Geldstrafe. —

Im Augsburger Krawallprozeß wurden weitere Zeugen vernommen. Auf einen Antrag der Verteidigung wegen Inaugenscheinnahme der Aufruhrstelle durch die Geschworenen, beschließt das Gericht, daß dem Ersuchen unter der Hinzuziehung der Angeklagten Folge zu leisten sei. Rechtsrat Werner, der während der Abwesenheit der beiden Bürgermeister das Direktorium des Magistrats inne hatte, wird wegen einer Bleistiftbemerkung vernommen: „Die Arbeitgeber sollten doch nicht immer die Polizei unnötig in Anspruch nehmen". Er habe mit der Notiz nur seinen Unwillen kundgegeben, da die aufgestellten Parliere der Baumeister am Bahnhof sich provokatorisch verhalten hätten, die Streikposten der Maurergesellen sind dagegen völlig ruhig gewesen. Der Angeklagte Mehringer, Vorsitzender der Zahlstelle Augsburg des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, giebt u. a. an: Der Zweck unsres Verbands ist, die Lage der Arbeiter im Baugewerbe, insbesondere die Lohnverhältnisse zu verbessern. Im Herbste 1898 war zum erstenmal vom Streik die Rede. Es ist aber davon abgeraten worden, weil die Organisation noch nicht so festen Fuß gefaßt hatte. Im April 1899 ist der Streik mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden. Es wurde nun versucht, mit den Arbeitgebern ins Benehmen zu treten, die Verhandlungen sind aber gescheitert. Von den 27 Baumeistern, welche die Forderungen unterschrieben, haben in Wirklichkeit nur drei oder vier bewilligt. Es sollten durchweg alle Arbeiter um 3 Pfg. aufgebessert werden. So haben es auch die Arbeitgeber verstanden. Es lag kein Mißverständnis, sondern eine Täuschung vor. Die Unternehmer haben ihr Versprechen nicht gehalten, sondern sich eines Wortbruchs schuldig gemacht. Die Meister haben nun fremde Arbeiter, darunter auch Italiener, zu gewinnen gesucht und zu diesem Zwecke den Leuten auswärts fälschlicherweise vorgespiegelt, daß der Streik bereits beigelegt sei. Am Sonnabend, den 15. Juli 1899, wo die Italiener hier ankamen, standen wir Streikposten auf dem Bahnhof. Es waren mehrere Baumeister, Poliere und Schutzleute anwesend, um die Italiener zu empfangen und zu eskortieren. Sie sind nach dem Schlacht- und Viehhof geführt worden. Wir sind ihnen nachgegangen, um sie zu sehen, wo sie hinkommen. Am Montag, den 17. Juli, hörten wir, daß die Italiener nach der Senkelbachfabrik überführt worden sind. Wir wußten aber nicht, daß die Italiener in der Fabrik auch beherbergt wurden. Unsere Streikposten sind deshalb hinausgegangen, um mit ihnen in Verbindung zu treten und durch gütliches Zureden auf sie einzuwirken. Von den übrigen Angeklagten stellen die meisten jede aktive Beteiligung an den Krawallen entschieden in Abrede. Mehrere behaupten, daß sie von den Schutzleuten mißhandelt worden sind. Interessant ist noch folgende Aeußerung des Rechtsanwalts Bernheim: Was die Schutzleute während der Aufruhrtage gegen die Vorschriften gethan haben, ist menschlich ganz gewiß begreiflich und entschuldbar, aber während der Aufruhrtage sind seitens der Schutzmannschaft Excesse der schwersten Art, Mißhandlungen der gröbsten Art, Ueberschreitungen der Dienstvorschriften der gröblichsten Art vorgekommen. Das ist für die Verteidigung erheblich. Das ist wesentlich für die Beurteilung der Angeklagten. —

Stadtverordneten-Sitzung

(vom 25. Januar 1900).

Der Beginn der Sitzung bringt zunächst die Einführung des neugewählten Stadtrates Kaiser in sein Amt, welche sich in der üblichen Weise vollzieht. Alsdann erstattet Stadtv. Baensch Bericht über den Verein für öffentliche Gesundheitspflege, welchem die Stadtgemeinde als Mitglied angehört. Eine Debatte schließt sich nicht an denselben. Ein Antrag des Magistrats auf Verbesserung der Klosetverhältnisse im Stadttheater wird debattelos genehmigt. Ueber die geplante

Erweiterung des Elektrizitätswerks

referiert Stadtv. Pape. Das magdeburger Elektrizitätswerk wurde 1896 dem Betriebe übergeben und lieferte an Strom 1897 insgesamt 6 078 855 Hektowatt, 1898 9 846 147 und 1899 12 300 000 Hektowatt. Diese Elektricitätsmenge genügt jedoch nicht mehr, so daß eine Vergrößerung der Elektricitätswerke notwendig wird. Das Anlagekapital wird dann 3 734 000 Mark betragen. Außerdem sollen Reservemaschinen aufgestellt werden, damit solche Kalamitäten, wie am 14. und 15. Dezember nicht wieder vorkommen. Stadtv. Riemann II wünscht Auskunft darüber, ob die Elektricitätsgesellschaft für genügende Reservemaschinen Sorge trägt und empfiehlt energisches Vorgehen, wenn dieses nicht der Fall ist. Stadtrat Klinghardt betont, daß die Einrichtung des Elektricitätswerkes allen Anforderungen entspreche, wenn die geplanten Erweiterungen vorgenommen sind. Stadtv. Dankworth fragt an, ob der Elektricitäts-Gesellschaft Anschaffungen, die im Laufe der Zeit durch Unbrauchbarwerden bereits vorhandener Einrichtungen notwendig werden, nicht als Neuanschaffungen gebucht werden. Bei einer event. Uebernahme des Elektricitätswerkes durch die Stadt sei dieses Moment von Wichtigkeit, weil Neuanschaffungen angerechnet werden. Stadtrat Klinghardt zerstreut die Bedenken des Vorredners. Stadtv. Pape macht darauf aufmerksam, daß durch die geplante Erweiterung die verfügbare Strommenge um die Hälfte vermehrt werde; auch genügend Reservemaschinen seien dann vorhanden. Die Stadtvv. Riemann II und Aders bleiben dabei, daß die Elektricitätsgesellschaft nicht genügend Vorsorge getroffen habe, um Störungen in der Licht- und Kraftzufuhr zu vermeiden, während Stadtrat Klinghardt nochmals darauf hinweist, daß man im großen und ganzen zufrieden sein könne mit den Leistungen des Elektricitätswerkes. Stadtv. Pape schildert die Ursache der Betriebsstörungen im Dezember v. Js. Das eine Mal sei die Lagerung der Maschine durchgebrannt, das andere mal sei das Wasserzufuhrrohr durch Eis verstopft gewesen. Stadtverordn. Gärtner: Die Anlage sei, nach allen gemachten Erfahrungen dergestalt hergestellt, daß selbst der Laie einsehe, hier müßten Verbesserungen getroffen werden. Auch bei städtischen Betrieben seien Störungen ja nicht ausgeschlossen. Es sei aber wunderbar, daß solche Unternehmungen nicht in städtische Regie übernommen würden. Die Verwaltung des Elektricitätswerk sei wohl der Meinung, über kurz oder lang müsse die Stadt doch das Werk übernehmen und benutze nun die Gelegenheit, um für ihren Vorteil zu sorgen. Stadtv. Janecke meint, es sei ganz gut, daß das Werk nicht in städtische Regie übernommen sei. Die Gesellschaft habe das Risiko, man solle sie auch etwas verdienen lassen. Die Vorlage wird genehmigt. Ueber den mangelhaften

Straßenbahnverkehr zwischen Buckau und Alte Neustadt

führt Stadtv. Jaensch Klage. Die Verbindung sei vollständig unzureichend. Der Zwölfminutenverkehr würde noch immer aufrecht erhalten. Heute, bei dem schlechten Wetter, sei die Gesellschaft ohne Anhängewagen gefahren. Die Gesellschaft habe die Pflicht, für einen Verkehr zu sorgen, der den Bedürfnissen entspricht. Stadtrat Klinghardt: Durch Einführung des Elektricitätsbetriebes auf der Straßenbahn sind, das ist nicht zu läugnen, Verbesserungen getroffen worden. Der Magistrat verkennt aber nicht, daß gerade die Alte Neustadt etwas ungünstiger gestellt und hier Abhilfe notwendig ist. Es schweben gegenwärtig Unterhandlungen mit der Straßenbahndirektion über die geeigneten Wege zur Behebung dieser Mißstände. Stadtverordneten-Vorsteher Fritze schließt sich den Klagen an. Er regt an, die Haltestellen durch Einfügung farbiger Scheiben in die Laternen auch des Abends kenntlich zu machen. Oberbürgermeister Schneider hält eine baldige Erweiterung des Straßenbahnnetzes für notwendig. Die Alte Neustadt sei allerdings etwas stiefmütterlich bedacht, man müsse aber die Antwort der Straßenbahngesellschaft auf die Anfrage des Magistrats abwarten. Im allgemeinen müsse man aber zugeben, daß die Einführung des elektrischen Straßenbetriebs einen wesentlichen Fortschritt bedeute. Die bessere Markierung der Haltestelle werde wohl bald vorgenommen. Gegenwärtig sei man dabei, Versuche zu machen, welche Farbe sich am besten eigne. An der Besprechung über diese Angelegenheit beteiligen sich noch die Stadtv. Körner, Janecke, Schwartzkopff und Schmidt II, die alle verschiedenartige Klagen über die Straßenbahnverhältnisse vorzubringen haben. Stadtv. Gärtner schildert die Verkehrsverhältnisse in Buckau. Das seien keine außergewöhnlichen, sondern täglich wiederkehrende Mißstände. Die Gesellschaft habe keine Pferde mehr, jetzt behandle sie die Fahrgäste pferdemäßig. Es äußern sich noch eine Anzahl Redner zu dieser Angelegenheit, die wesentlich Neues nicht mehr zu Tage fördern. Ein Verteidiger erwächst jedoch der Straßenbahngesellschaft nicht. Stadtv. Körner beantragt, durch die Agnetenstraße eine Straßenbahnlinie zu legen. Stadtv. Schwarzkopf will den Sechsminutenbetrieb in der Hohepfortestraße eingeführt haben, Herr Fritze beantragt, die Haltestellen besser zu markieren, Stadtv. Gärtner wünscht, morgens und abends, wenn die Fabriken beginnen und schließen, für Arbeiter bestimmte Wagen verkehren zu lassen, und Stadtv. Peters will an den Hauptverkehrsstellen Weichensteller placiert haben. Die sämtlichen Anträge finden die Zustimmung der Versammlung. Ueber die Mitteilung, betreffend Treppenübergang über die Eisenbahn in der Lüneburgerstraße referiert Stadtv. Ahrendt, der sich über das mangelnde Entgegenkommen der Eisenbahnbehörde beklagt und empfiehlt, den Magistrat noch einmal zu beauftragen, bei der Eisenbahndirektion vorstellig zu werden. Oberbürgermeister Schneider empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Es sei nicht zu erwarten, daß die Eisenbahndirektion von ihrem Standpunkt abgehe, namentlich weil keine neuen Thatsachen vorliegen. Eine Beschwerde bei der Centralinstanz sei zwecklos. Der Antrag Ahrendt wird abgelehnt. Es folgt die Beratung der

Haushaltspläne.

Ueber den Etat der Rieselfelder berichtet Stadtv. Ungnade. Nach längerer unwesentlicher Debatte findet der Haushaltsplan mit einer geringfügigen Aenderung die Zustimmung der Versammlung. Bei Beratung des Haushaltsplans für den Kanalisationsbetrieb weist Stadtv. Gärtner darauf hin, daß die Löhne der Kanalarbeiter zu niedrig seien. Ein Lohn von 3,50 Mark für die Arbeiter und 4 Mark für die Vorarbeiter sei das mindeste, was die Leute verlangen können. Man müsse die unangenehme Arbeit berücksichtigen. Die Pausen seien so ungünstig gelegt, daß die Arbeiter nicht nach Hause gehen könnten. Dadurch entständen Mehrausgaben, die in Betracht gezogen werden müßten. Infolge des Umstandes, daß alle Arbeiter den Witterungseinflüssen ausgesetzt sind und infolgedessen für Stiefel und Kleidung viel Geld gebrauchen, sei es nur gerecht, wenn man nach seinem Vorschlage die Löhne erhöhte. Stadtv. Ahrendt ersucht den Antrag abzulehnen. Die Festsetzung der Löhne sei Sache des Magistrats. Herr Gärtner habe ja seinem Herzen Luft gemacht und damit seinen Zweck erreicht. Stadtrat Walther erklärt, der Lohn von 3.25 Mark sei genügend hoch. Als Vorsitzender des Gewerbegerichts habe er die Erfahrung gemacht, daß die wenigsten, sogar qualifizierte Arbeiter, nicht einen solchen Lohn verdienen. Einen Lohn von 3.25 Mark müsse man durchaus als angemessen bezeichnen. Stadtv. Hahn hat so oft gesehen, daß die Kanalisationsarbeiter Pausen machten und ist deshalb gegen den Antrag Gärtner. Stadtv. Haupt erwidert dem Vorredner, daß die Pausen wahrscheinlich durch die Arbeitsmethode bedingt seien. Ein Lohn von 3,25 Mark sei keineswegs genügend, namentlich für solche Arbeiten. Gelernte Arbeiter, auf welche Herr Stadtrat Walter exemplifizierte würden sich bedanken für einen noch höheren Lohn diese Arbeiten zu machen. Gegen die Auffassung, daß die Festsetzung der Löhne Sache des Magistrats sei, müßte er sich entschieden wenden. Für was sei denn die Stadtverordnetenversammlung da, wenn man ihr verbieten wolle, über solche Sachen zu reden. Oberbürgermeister Schneider: Die Löhne von 3,25 Mark ent-

sprechen den hier durch die Verhältnisse des Arbeitsmarktes festgesetzten Löhnen. Man muß auch bedenken, daß die Leute sich in fester Stellung befinden. Wenn die Arbeit so unangenehm ist, weshalb drängen sich denn die Leute dazu. Wir haben mehr zu Verfügung, als wir gebrauchen können. Es ist leicht, sich mit solchen Anträgen populär zu machen und nach außen den Anschein zu erwecken, als nehme man Arbeiterinteressen wahr. Wir haben aber die Pflicht, das Allgemeininteresse zu vertreten. Stadtv. Gärtner: Ich erkenne es ja an, daß die Löhne auf 3,25 Mark erhöht wurden, aber bei der unangenehmen Arbeit erscheint es mir richtig, daß diese Arbeiterkategorien einen höheren Lohn erhalten. Populär wollen wir nicht werden, aber einen festen Stamm genügend bezahlter Arbeiter heranziehen. Stadtv. Haupt: Wir haben es nicht nötig, nach Popularität zu haschen, wir sind populär genug. Wenn man aber wegen des Umstandes, daß das Angebot von Arbeitern sehr groß ist, für niedrige Löhne eintritt, dann kann man ja auch einmal bei Besetzung von Magistratsstellen diese Norm anwenden. Es freut mich übrigens, daß meine Auffassung, nach welcher wir das Recht haben, solche Dinge hier zu besprechen, durchgedrungen ist. — Der Antrag Gärtner wird abgelehnt, der Etat der Kanalisation genehmigt, darauf erfolgt Schluß der öffentlichen Sitzung. —

Vermischte Nachrichten.

Analphabeten im deutschen Heere. Nach der Statistischen Korrespondenz fanden sich im Ersatzjahre 1897/98 unter sämtlichen 251 515 ausgehobenen Ersatzmannschaften des Heeres und der Kriegsflotte nur noch 200 ohne Schulbildung, das sind nur 0,08 Prozent der Gesamtzahl; 10 Jahre früher 0,71 Prozent und 20 Jahre früher 1,73 Prozent. Es befanden sich 1897/98 unter den Ersatzmannschaften aus den preußischen Provinzen Ostpreußen 0,30, Westpreußen 0,44, Brandenburg mit Berlin 0,03, Pommern 0,08, Posen 0,43, Schlesien 0,09, Sachsen 0,01, Schleswig-Holstein 0,04, Hannover 0,02, Westfalen 0,01, Hessen-Nassau 0,02, Rheinland 0,05 und Hohenzollern 0 Prozent ohne Schulbildung; für die Ersatzmannschaften aus den übrigen Staaten des Reiches gelten die folgenden Prozentsätze; Bayern 0,62, Sachsen 0,01, Württemberg 0,02, Baden 0,3, Hessen 0,2, Mecklenburg-Schwerin 0,11, Mecklenburg-Strelitz 0,14, Oldenburg 0,06, Elsaß-Lothringen 0,09; unter den aus den hier nicht genannten deutschen Bundesstaaten stammenden Ersatzmannschaften fand sich nicht ein einziger Mann ohne Schulbildung. —

Nettes Greisenasyl. Das Pariser Gericht hat in einem Handel, der in Paris großes Aufsehen erregte, nunmehr das Urteil gesprochen. Im Städtchen Venves vor Paris hatte, wie seiner Zeit berichtet, ein ehemaliger Franziskaner Namens Kerrien, der wegen „unsittlicher Handlungen" aus einem unter geistlicher Leitung stehenden Waisenhaus entlassen worden war, eine Heimstätte für Greise beiderlei Geschlechts gegründet. Ihm standen als Gehilfen ein Exmatrose Mazeas und eine Krankenwärterin, Frau Bertrand, zur Seite. Ueber das unmenschliche Verfahren dieser drei gegen die alten Pfleglinge drangen allmählich haarsträubende Gerüchte ins Publikum, die Männer und die Frauen, welche ihr bißchen Vermögen hergegeben hatten, um bis an ihr Lebensende Kost und Wohnung zu haben, wurden, hieß es, geradezu zu Tode gemartert. Den anderen, für welche von Verwandten ein Kostgeld gezahlt wurde, erging es etwas besser, nur verschwand ihre kleine Barschaft regelmäßig, desgleichen auch ihr Schmuck, Uhren, Ringe, und was sie sonst an Wertsachen besaßen. Für jeden geringsten Verstoß wurden sie durch Entziehung der ohnehin kargen Nahrung und durch Fesseln mit Stricken bestraft, die an den Handgelenken der armen Alten Wundmale zurückließen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis für den Exfranziskaner, 13 Monate für die Krankenwärterin Bertrand und 6 Monate für Mazeas. Die Zuhörerschaft murrte, weil man eine höhere Strafe erwartet hatte. —

Crispis Tochter und ihre Schneiderin. Fast gleichzeitig mit ihrem Bruder Luigi — der vom Römischen Tribunal bekanntlich in absentia zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde — stand in Neapel Crispis Tochter Giuseppina, Herzogin Linguaglossa vor Gericht und zwar wegen Nichtbezahlung einer Schneiderrechnung. Die unverfrorene Bekleidungskünstlerin, die die Garderobe der Fürstin zu vervollkommnen pflegte, präsentierte eine Note 4545 Lire, die bis dato nicht beglichen worden, und die zu begleichen Donna Giuseppina sich beharrlich weigerte. Das heißt, sie that dies durch den Mund ihres Advokaten, erreichte aber (obschon ihr Gatte, der Fürst, steif und fest behauptete, er habe seine Gemahlin zur Kontrahierung ihrer Schuld nicht ermächtigt) nur, daß sie zur Bezahlung der Summe verurteilt wurde. —

Litterarisches.

Die Feier von Goethes 150. Geburtstag konnte bekanntlich nicht vorübergehen, ohne der Welt zu zeigen, daß man an solchem Tage wohl Denkmäler enthüllen, aber nicht dem Schalk loser Satire Raum gewähren darf. Wenigstens nur mit erklecklicher Vorsicht. Gespannt waren wir alle auf die Festnummern unserer Spottvögel, des Wahren Jacob und des **Süddeutschen Postillon**. Kaum waren vom letzteren einige Nummern eingetroffen, da hieß es: Er ist konfisciert! Wer eine Nummer hatte, barg sie nun doppelt sorglich. Weitere gabs nicht. Jetzt aber kann man sie wieder haben. Der lustige Vogel ist wieder freigelassen worden und flattere uns auf den Tisch. Da sehen wir wieder das „inkriminiert gewesene" Bild und freuen uns des feinen Spottes, der jene alten kleindespotischen Serenissimi zu Johann Wolfgangs Tagen damit zu treffen weiß. Sicher werden auch unsere Leser Verlangen haben nach der so lange — viel länger als der Dampfer Bundesrat — in Beschlagnahme gewesenen Festnummer, um auch noch post festum (nach dem Fest, dem Goethefest meinen wir) eine vergnügte Viertelstunde zu haben. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Der Bezirk Alte Neustadt des **Metallarbeiter-Verbandes** hielt am 20. d. M. seine Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl der Bezirksleitung, 2. Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter unter Berücksichtigung der Lage der Metallarbeiter am Orte. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zur Bezirksleitung wurden die Kollegen G. und B. gewählt. Der Vortrag wurde vom Kollegen Hänsen gehalten. Das Festkomitee teilte mit, daß das Vergnügen am 24. Februar im Gesellschaftshaus zur Krone stattfindet. Bemerken wollen wir noch, daß die Ausführungen des Vortragenden, wie diejenigen in der Diskussion, mehr Zuhörer verdient hätten —

Burg. Am Sonnabend, den 29. d. M., abends 8 Uhr, findet im „Hofjäger" eine Versammlung der Schuhmacher (Einzelmitglieder des Verbandes) statt, in welcher Genosse Ferd. Bender aus Magdeburg einen Vortrag über: „Blick in die Zukunft" halten wird. Da auch die übrige Tagesordnung außerordentlich wichtig ist, so wird erwartet, daß sämtliche Mitglieder pünktlich erscheinen. —

Groß-Ottersleben. Am Montag, den 22. Januar, wurde im Strumpfschen Lokale eine Volksversammlung abgehalten, welche sich mit den behördlichen Maßnahmen in Sachen unserer Schulgemeinde, betreffend die Abtretung der Rechte der Schulgemeinde an die politische Gemeinde resp. Gemeindevertretung zu befassen hatte. Nach einer guten, den Verhältnissen nach jeder Seite hin Rechnung tragenden Rede des Genossen Koch, in welcher derselbe den Zweck und die Rechte des Schulvorstandes erklärte und in welcher Art und Weise diese Rechte von seiten der jetzigen von der Gemeindevertretung ernannten Schulvorstandes benutzt wurden, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute, am 22. Januar, im Strumpfschen Lokale tagende öffentliche Versammlung der Schulgemeinde Groß-Ottersleben und Bennecken-beck protestiert auf das Entschiedenste gegen die Vornahme der Wahl eines Schulvorstandes resp. einer Kommission in der zum Dienstag, den 23. Januar, vormittags 10½ Uhr, laut Bekanntmachung angekündigten Versammlung. Sie erblickt darin eine Vergewaltigung jener Mitglieder der Schulgemeinde, welche durch ihren Beruf verhindert sind, in derselben zu erscheinen. Sie fordert daher von der am Dienstag morgen stattfindenden Versammlung, daß unter allen Umständen Beschlüsse weitgehender Bestimmung nicht gefaßt werden. Des ferneren halten die heutigen Versammlungsbesucher für notwendig, daß ein jeder, welcher sich nur einigermaßen von der Arbeit befreien kann, sich an der angesetzten Versammlung beteiligt, um so einer Ueberrumpelung der ganzen Schulgemeinde vorzubeugen." Alsdann wurde der schlechte und miserable Weg nach Lemsdorf einer eingehenden Kritik unterzogen und derselbe als sehr ausbesserungsbedürftig hingestellt; da auf diesem Wege mindestens 600 bis 800 Arbeiter verkehren müssen, um nach ihrer Arbeitsstätte in Budau zu gelangen, so wäre es sehr angebracht, daß dieser Weg so schnell wie möglich in einen passierbaren Zustand versetzt wird. Außerdem wurde noch die Auslegung der Wählerlisten zu der Gemeindevertretung bekannt gegeben und noch einmal darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Gemeindevertreterwahlen für den Arbeiter haben und daß ein jeder verpflichtet ist, sich zu überzeugen, daß ein jeder Arbeiter in die Listen eingetragen ist, damit er zu gegebener Zeit von seinem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machen kann. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	pro s
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	24. Jan.	—	25. Jan.	+ 1.95	—	
Trotha	„	+ 2.54	„	+ 3.06	—	0.53
Alsleben	„	+ 2.22	„	+ 2.75	—	0.53
Bernburg	„	+ 1.75	„	+ 2.25	—	0.51
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.70	„	+ 1.78	—	0.18
do. Unterp.	„	+ 1.26	„	+ 1.84	—	0.58
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	24. Jan.	+ 1.02	25. Jan.	+ 1.21	—	0.19
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	23. Jan.	+ 0.06	24. Jan.	+ 0.10	—	0.04
Laun	„	+ 0.45	„	+ 0.70	—	0.25
Budweis	„	+ 0.17	„	+ 0.52	—	0.35
Prag	„	+ 0.44	„	+ 0.54	—	0.10
Elbe.						
Pardubitz	23. Jan.	—	24. Jan.	—	—	—
Brandeis	„	—	„	—	—	—
Melnik	„	+ 0.14	„	+ 0.30	—	0.16
Leitmeritz	„	+ 0.24	„	+ 0.26	—	0.02
Aussig	24. „	+ 0.56	25. „	+ 1.66	—	0.10
Dresden	„	— 0.61	„	— 0.40	—	0.21
Torgau	„	+ 1.22	„	+ 1.66	—	0.44
Wittenberg	„	+ 1.78	„	+ 1.89	—	0.11
Roßlau	„	+ 1.25	„	+ 1.47	—	0.22
Barby	„	+ 1.72	„	+ 2.10	—	0.38
Schönebeck	„	+ 1.50	„	+ 1.85	—	0.35
Magdeburg	25. „	+ 1.45	26. „	+ 1.96	—	0.51
Tangermünde	24. „	+ 3.20	25. „	+ 2.40	0.80	—
Wittenberge	„	+ 3.07	„	+ 3.64	—	0.57
Dömitz, Pegel	„	+ 1.30	„	+ 1.49	—	0.19
Lauenburg	„	+ 1.51	„	+ 1.65	—	0.14
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	23. Jan.	+ 2.12	24. Jan.	+ 2.19	—	0.07
do. Unterpegel	„	+ 1.68	„	+ 1.66	0.02	—
Rathenow do. Oberpegl	„	+ 1.91	„	+ 1.83	0.08	—
do. Unterpegel	„	+ 1.46	„	+ 1.42	0.04	—
Havelberg	„	+ 2.63	„	+ 3.11	—	0.21
Oder.						
Kosel	23. Jan.	+ 0.74	22. Jan.	+ 0.79	—	0.05
Brieg Oberpegel	„	+ 4.72	„	+ 4.72	—	—
do. Unterpegel	„	+ 2.34	„	+ 2.42	—	0.08
Breslau Oberpg.	„	+ 5.04	„	+ 5.08	—	0.04
do. Unterpegel	„	— 0.37	„	— 0.30	—	0.07

Schuhwarenhaus Bernstein in der Exped. der Magdeburg. Zeitung Breiteweg 6, schrägüber d. Hauptpost giebt bei billigsten, streng festen Preisen nur gegen Vorzeigung der Volksstimme **5 Prozent Rabatt.** 62

Wegen Aufgabe meines **Betten-Geschäfts** verkaufe ich zu staunend billigen Preisen **50 Betten** für nur **15, 20, 24, 30–40 Mk.** ferner offeriere **75 Bettstellen mit Matratzen** für nur 18, 24, 30–40 Mk. **Julius Rosenberg Katharinenstraße 8.**

Zwei gute **Fahrräder** (Halbrenner und Tourenrad) billig zu verkaufen. 77 Brauneirschstr. 13, Fahrrad-Verleihhaus.

Bringe mein **Sarg-Geschäft** in empfehlende Erinnerung. Särge in allen Preislagen werden angefertigt. **Franz Neuland** Tischlermeister 185 **Sudenburg, Braunschweigerstr. 41.**

10000 Colomba-Margarine- nebst **Königskuchen-Proben,** welcher mit Colomba gebacken ist, kommen Sonnabend, den 27. Januar, auf sämtlichen hiesigen Verkaufsstellen **gratis** zur Verteilung und wird das verehrte Publikum gebeten, dieselben dort entgegen zu nehmen. 142

Standesamt.

Magdeburg, 25. Januar.

Aufgebote: Modelltischler Hugo Riethmüller hier mit Hedwig Albrecht in Rothensee. Arb. Gust. August Karl Mohr mit Martha Marie Ottilie Lange in Wolmirstedt. Arb. Herm. Heinrich Schmücking mit Luise Pauline Bunck in Börnecke. Eisenbahn-Hilfsarbeiter Otto Friedrich in Sudenburg mit Anna Krause in Möckern. Steinbruchsarb. Karl Franz Brauner mit Alwine Anna Brand in Gommern. Techn. Wilhelm August Haase hier mit Anna Marie Hienzich in Wurzen. Hauptmann im Fuß-Art.-Regt. Nr. 4 Max Weitzenmiller hier mit Thusnelda Meinardus in Charlottenburg.

Eheschließungen: Kaufm. Disponent Max Hamburger in Nordhausen mit Jenny Rosenheim hier. Registratur-Geh. Karl Pätz in Braunschweig mit Pauline Wiste in Schönebenstedt. Buchhalter Karl Groiche hier mit Ida Schramme in Neustadt. Schokoladier Alb. Döring mit Selma Rode hier.

Geburten: Helene, T. des Kaufmanns und Agenten Hugo Münchmeyer. Ein Sohn des königl. Regierungsrats August Klotzsch. Martha, T. des Sergeanten Friedrich Feldmann. Robert, S. des Arb. Friedrich Wenzel. Lucie, T. des Restaur. Ildo Meinecke.

Todesfall: Elli, unehel., 1 M. 28 T.

Sudenburg, 24. Januar.

Aufgebote: Fabrikschl. Wilhelm Lux mit Luise Hanke hier. Kutscher Hermann Magel mit Luise Zeising geb. Weber hier.

Geburten: Else, T. des Arb. Louis Kleemann. Emilie, T. des Arb. Hieronimus Nowal. Paul, S. des Arb. Stephan Socha.

Todesfälle: Bureaubote Jac. Kallenbach, 84 J. 11 M. 22 T.

Vom 25. Januar.

Aufgebot: Arb. Karl Drux mit Agnes Przybylski hier.

Eheschließung: Arb. Karl Geisler mit Ida Brauer hier.

Geburt: Erna, T. des Arbeiters Ad. Chatapniczak, auch Häusler.

Todesfälle: Hermann, S. des Tischlers Gustav Röser, 4 M. 3 T. Wiw. Sophie Schulze geb. Seebach, 77 J. 6 M. 16 T. Otto, S. des Maurers Christ. Lichtenfeld, 7 M. 4 T.

Neustadt, 25. Januar.

Am 27. d. M. nur von 11—12 geöffnet.

Aufgebot: Bahnmstr. Wilh. Gustav Otto Werner mit Ida Reinhold.

Eheschließungen: Arbeiter Karl Pfeifer mit Anna Wandelt. Webermeister Karl Siegel mit Ida Kreißler.

Geburten: Walter, S. des Malers Emil Puschner. Willy, S. des Schlossers Karl Lorenz. Ida, T. des Arb. August Hahndorf. Anna, T. des Arb. Bronislaus Smolinski. Anna, T. des Arb. August Garvon. Anna, T. des Arbeiters Franz Albrecht. Hermann August Willy, unehel. Erna, T. des Mohrl. Johannes Stochaj.

Todesfälle: Johanne geb. Leiter, Ehefrau des Bandmach. Heinrich Quednow, 78 J. 4 M. Anna, T. des Fabrikschmieds Franz Mikolayczyk, 8 M. 27 T.

Buckau, 25. Januar.

Geburten: Martha Erna Emma unehelich. Erna, T. des Trichl. Wilhelm Frente. Elfe, T. des Arb. Rud. Behrens. Elsbeth, T. des Schlossers Eduard Starke. Ewald, S. des Stahlschmelzers Aug. Klare.

Todesfälle: Privatmann Albert North, 50 J. 10 M. 21 T. Auguste geb. Richter, Ehefrau des Fleischermeisters Wilh. Thiele, 30 J. 25 T.

Burg, 23. Januar.

Geburten: Sohn des Weißgerbers Adolf Peters. Sohn des Drechslers Karl Schmidt. Sohn des Gärtners Eduard Niedrig. Tochter des Arbeiters Friedrich Gürsch.

Todesfälle: Witwe des Lehr. Andr. Wimmecke, Friederike geborne Krieg, 65 J. 5 M. 6 T. Schneidermstr. Aug. Gröbler, 74 J. 5 M. 21 T.

Vom 24. Januar.

Aufgebot: Zimmermann Otto Eduard Müller mit Mathilde Bertha Oertwig.

Todesfälle: Arb. Friedrich Porepp, 66 J. 22 T. Paul, S. des Schneidermeisters Julius Mielke, 1 J. 6 M. 8 T.

Neuhaldensleben.

Geburten: 18. Jan.: Arb. H. Danker ein Sohn. 18. Jan.: Arbeiter S. Beynio ein Sohn. 20. Jan.: Kaufm. Th. Dietrichs ein Sohn.

Todesfälle: 20. Jan.: Ehefrau des Schuhmachermeister G. Kalberlah, Auguste geb. Röper, 76 J. 9 M. 26 T. 22. Jan.: Emma Berger, unverehelicht, 68 J. 2 M. 21 T. 23. Jan.: Sohn des Gelbgießermeisters Otto Jordan, 2 M. 17 T.